



Ausschuss für Gleichstellung und Frauen

13. Sitzung (öffentlich)

9. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:20 Uhr

Vorsitz: Britta Oellers (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 3

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) (Änderungsantrag der Fraktion der SPD s. Anlage 1) 4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Bericht
der Landesregierung
zu Einzelplan 07 (soweit die Zuständigkeit des Ausschusses betroffen ist)

Vorlage 18/1450
Vorlage 18/1638
Vorlage 18/1734

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den als Tischvorlage verteilten Änderungsantrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entwurf des Einzelplan 07 – soweit dieser Ausschuss zuständig ist – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

- 2 Stand und weiteres Vorgehen Genderbudgeting** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **13**
- Bericht
der Landesregierung
Drucksache 18/1878
- Wortbeiträge
- 3 Modellprojekt „Schutzplätze für von Gewalt betroffene Männer“** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **14**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1881
- Wortbeiträge
- 4 Stärkung der politischen Partizipation von Frauen – Vorstellung von zwei Projekten** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung; Bildschirmpräsentation s. Anlage 4*) **16**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 5 Verschiedenes** **35**
- keine Wortbeiträge

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Britta Oellers teilt mit, Ministerin Josefine Paul sei erkrankt und könne daher an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) (Änderungsantrag der Fraktion der SPD s. Anlage 1)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Bericht
der Landesregierung
zu Einzelplan 07 (soweit die Zuständigkeit des Ausschusses betroffen ist)

Vorlage 18/1450
Vorlage 18/1638
Vorlage 18/1734

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Anja Butschkau (SPD) stellt fest, Nordrhein-Westfalen befinde sich in einer schwierigen Lage. Nach der Corona-Pandemie belasteten die Folgen der weltpolitischen Situation die Menschen in Deutschland, aber auch die öffentlichen Kassen.

Unbestritten sei es für die Landesregierung eine schwierige Aufgabe, die aktuellen Herausforderungen zu meistern. Die aktuelle Lage führe aber auch für viele Menschen in Nordrhein-Westfalen zu einer schwierigen und belastenden Situation. Dies gelte aber auch für die Träger sozialer Hilfen, die sich beispielsweise über Beratungseinrichtungen um die Menschen kümmerten, die Rat und Unterstützung benötigten. Nicht nur das Land, sondern auch die Träger müssten mit steigenden Kosten beispielsweise im Bereich der Sachmittel oder beim Personal umgehen. In dieser Situation müssten sich die Träger auf einen starken Staat verlassen können, der auch in einer Krise der sozialen Verantwortung für seine Bürgerinnen und Bürger gerecht werde. Nach Ansicht der Fraktion der SPD werde der Landeshaushalt 2024 dieser Verantwortung nicht gerecht. Dies gelte auch für den Teil des Einzelplans 07, der sich auf den Bereich Gleichstellung und Frauen erstreckte, für dessen Beratung dieser Ausschuss zuständig sei.

Auch wenn bei den Mitteln für Frauenhäuser, Beratungsstellen, Schutzangebote für von Gewalt betroffenen Männer oder bei den Projekten zur Täterarbeit keine direkten Kürzungen bei den Förderungen vorgesehen seien, aber angesichts der steigenden Kosten, die durch die Dynamisierung bei Weitem nicht ausgeglichen würden, müsse sehr wohl von einer realen Kürzung der Förderung gesprochen werden. Die Träger stünden bekanntlich unter einem sehr hohen Druck, da es in der aktuellen Krise kaum möglich sei, die Mittel für die zusätzlich anfallenden Kosten, wie dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sei, anderweitig einzuwerben. So fehle beispielsweise das Personal für Spendenakquisen. Außerdem stelle sie wie bei den zurückliegenden Haushaltsberatungen infrage, ob es überhaupt sinnvoll sei, Einrichtungen, die einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft leisteten, in eine solche Bittstellerposition zu bringen.

Neben Spenden seien kommunale Zuschüsse eine wichtige Einnahmequelle und für eine Refinanzierung dieser Einrichtungen sehr häufig notwendig. Bekanntlich stünden aber auch die Kommunen derzeit vor großen Herausforderungen und seien kaum in der Lage, die größer werdende Finanzierungslöcher auszugleichen. Vielmehr gebe es Kommunen, die gezwungen seien, bei der Finanzierung von Frauenhäusern Einsparungen vorzunehmen. Beispielsweise reduziere der Ennepe-Ruhr-Kreis aktuell seine Zuschüsse für das Frauenhaus in Witten sehr empfindlich. Damit werde deutlich, wie prekär derzeit die Situation vor Ort sei. Insofern sei es naiv zu glauben, dass es den Frauenhäusern und Beratungsstellen schon irgendwie gelingen werde, über die Runden zu kommen. Das werde nicht der Fall sein.

Die erneute Kürzung der Mittel unter der Titelgruppe 61 um 300.000 Euro werde die Fraktion der SPD auch in diesem Haushalt nicht hinnehmen. Es sei nach wie vor das falsche politische Zeichen, in diesem Bereich zu sparen. Die Zahl der Fälle von häuslicher Gewalt sei in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen fünf Jahren um über 20 % gestiegen. Die Mitarbeitenden in der Infrastruktur der Frauenhilfe arbeiteten am Limit. Häufig müssten schutzsuchende Frauen quer durch das Land reisen, um einen freien Platz zu finden. Diese Situation sei nicht akzeptabel.

Die Maßnahmen zum Ausbau des Hilfesystems sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht würden von der Fraktion der SPD durchaus positiv wahrgenommen, aber angesichts des großen Bedarfs an Hilfe und Schutz müsse endlich das Tempo zunehmen. Ziel müsse es sein, jeder von häuslicher Gewalt betroffenen Frau ein Schutzangebot in der Nähe ihres Wohnorts anbieten zu können. Dieses Ziel liege derzeit noch in weiter Ferne.

Bei einem Haushaltsvolumen von über 102 Milliarden Euro, das bisher noch nie erreicht worden sei, müsse es doch möglich sein, mehr für den wichtigen Schutz von Frauen zu leisten. Anhand der Daten aus der zurückliegenden Ausschusssitzung habe die Fraktion der SPD hochgerechnet, dass das Land im Jahr 2024 die Frauenhäuser mit ca. 15 Millionen Euro fördern werde. Dieser Betrag entspreche gerade einmal 0,15 o/oo des Landeshaushalts. Angesichts der Bedeutung, die dem Thema „Gewalt an Frauen“ in der Gesellschaft zukomme, sei dies nicht viel. Trotz der aktuellen Situation müsse es möglich sein, die Förderung dieses Bereichs auszubauen. Die Fraktion der SPD sei gespannt, ob es im zweiten Haushaltsjahr der schwarz-grünen Landesregierung endlich Impulse geben werde, das Netz an Frauenhäusern bedarfsgerecht auszubauen.

Aus ihren Ausführungen sei deutlich erkennbar, dass die Fraktion der SPD den Einzelplan 07 für das Haushaltsjahr 2024 ablehnen werde.

Franziska Müller-Rech (FDP) hält es für angebracht, mit einigen Äußerungen zum Gesamthaushalt zu beginnen.

Der Landeshaushalt 2024 werde von den regierungstragenden Fraktionen grundsätzlich sehr unterschiedlich bewertet. Zum einen sei zu vernehmen, es handle sich um einen riesigen Sparhaushalt. Zum anderen sei auch in diesem Jahr wieder ein Anwachsen des Haushalts auf das schon erwähnte Rekordvolumen zu verzeichnen. Dieses Narrativ passe nicht zusammen und werde den regierungstragenden Fraktionen

in den weiteren Beratungen noch Probleme bereiten, da beispielsweise der Bereich Kinder und Jugend, der von ihnen als Schwerpunkt betrachtet werde, auch in anderen Einzelplänen, wie zum Beispiel im Schulhaushalt, nicht durch ein übermäßiges Wachstum hervortrete, das nicht überproportional über dem Wachstum des Gesamthaushalts liege.

Heutiger Beratungsgegenstand sei aber der Einzelplan 07. In diesem Einzelplan sei den regierungstragenden Fraktionen die Prioritätensetzung absolut misslungen. Zunächst gehe sie auf den Aufwuchs um 4,5 Millionen Euro in der Titelgruppe 62 ein, die sich auf die Kompetenzzentren Frauen und Beruf erstreckte, von denen eine sehr interessante und nicht unwichtige Aufgabe erfüllt werde. Allerdings sei es nicht gelungen, klar darzustellen, womit der Aufwuchs um 4,5 Millionen Euro begründet werde, wenn dies in Relation zu anderen Bereichen gesetzt werde, die keine Erhöhung oder sogar eine Kürzung erfahren würden.

Sie haben den Wegfall der EFRE-Mittel für die Kompetenzzentren Frau und Beruf zur Kenntnis genommen. Nach Darstellung von Ministerin Josefine Paul habe diese sich beim Finanzminister persönlich dafür eingesetzt, die dadurch entstehende Lücke durch das Land zu schließen. Wenn es gleichzeitig aber Probleme bereite, zum Beispiel queere Menschen oder Frauen vor Gewalt zu schützen, werde nicht deutlich, weshalb eine Priorität im Bereich dieser Kompetenzzentren gesetzt werde. Die Fraktion der FDP fordere dringend eine andere Prioritätensetzung ein.

Allein schon vor dem Hintergrund der aktuellen kriminalstatistischen Auswertung, dass im Hellfeld ein deutlicher Anstieg bei der häuslichen Gewalt zu erkennen sei – bei Gewalt in Partnerschaften um 9,4 % und bei der interfamiliären Gewalt um 7,7 % –, werde deutlich, dass in diesem Bereich eine gesellschaftliche Entwicklung stattfinde, der die Politik Einhalt gebieten müsse. Insofern sei der dringend erforderliche Aufbau der Frauenhilfstruktur auch gemäß der Istanbul-Konvention nötiger denn je. Die Einrichtung einer Fach- und Koordinationsstelle Istanbul-Konvention werde zwar begrüßt, aber dies sei nicht ausreichend, insbesondere dann, wenn erkennbar sei, dass immer noch weitere Plätze fehlten. Auch die Fortführung der Finanzierung der Frauenhausinfrastruktur und damit der bestehenden Plätze sei u. a. aufgrund der Tarifsteigerungen, die aus ihrer Sicht gerechtfertigt seien, in den kommenden Jahren nicht gesichert.

An der Protestaktion vor dem Landtag habe sie selbst teilgenommen. In Gesprächen mit den Menschen habe sie wahrgenommen, Nordrhein-Westfalen habe als reiches Industrieland ein Problem, Gewaltschutz für Frauen und ihre Familien sicherzustellen. Damit ließen die regierungstragenden Fraktionen Familienstrukturen und beispielsweise Kinder im Stich, die zusammen mit ihrer Mutter vor einem gewalttätigen Vater in ein Frauenhaus fliehen wollten. Diese Situation sollte nicht hingenommen werden, sodass der Aufwuchs von 4,5 Millionen Euro an dieser Stelle falsch investiert sei. Dieser Betrag sollte stattdessen zusätzlich in die Schutzinfrastruktur investiert werden.

Weiter wolle sie noch den Schutz von queeren Menschen ansprechen. Den Anstieg um 368.400 Euro bei der Titelgruppe 75 nehme sie positiv zur Kenntnis. Allerdings stehe dieser Aufwuchs nicht in einem ausreichenden Verhältnis zu den kontinuierlich steigenden Beratungs- und Qualifizierungsbedarfen. In der zurückliegenden Plenarsitzung sei deutlich geworden, dass die Gewalt und die Anfeindungen gegen queere

Menschen zunehmen. Dies sei leider auch an anderen Stellen zu beobachten. Deshalb hätte sich die Fraktion der FDP gewünscht, wenn für die queere Community über den Landeshaushalt 2024 ein Zeichen der Unterstützung beim Gewaltschutz für queere Menschen und für eine offene Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen gesetzt worden wäre.

Aufgrund der gewählten Fehlanreize und falschen Ansätze werde die Fraktion der FDP dem heute zur Abstimmung stehenden Teil des Landeshaushalts 2024 nicht zustimmen.

Heike Troles (CDU) ist der Meinung, es liege in der Natur der Sache, wenn die Opposition gegen den vorliegenden Haushaltsentwurf Stellung nehme und den Vorwurf erhebe, es würden durch die Haushaltspriorisierung falsche Anreize gesetzt. Jedoch sollten die Rahmenbedingungen, unter denen dieser Haushalt aufgestellt worden sei, allgemein bekannt sein. Die hohe Inflation, das hohe Zinsniveau und das schwache Wirtschaftswachstum führten nämlich zu geringeren Steuereinnahmen. Selbst wenn sich durch die vom Bundesfinanzminister vorgelegte aktuelle Steuerschätzung ein kleiner Lichtblick ergebe, könne daraus nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, der Landeshaushalt 2024 hätte anders aufgestellt werden müssen.

Es sei ein Haushalt eingebracht worden, bei dem vorsichtig vorgegangen werde, aber trotz der aktuellen Krisensituation konnten wichtige Weichen in der Gleichstellungs- und Frauenpolitik gestellt werden. Erfreulicherweise würden geplante Maßnahmen zur Weiterentwicklung und den Ausbau der Infrastruktur im Bereich des Schutzes und der Hilfe für gewaltbetroffene Frauen, aber auch für gewaltbetroffene Männer sowie die Arbeit mit den Tätern nicht beeinträchtigt. Außerdem sei eine Anpassung der Personalausgabenpauschale vorgesehen. Darüber hinaus gebe es ein deutliches Plus bei den Verpflichtungsermächtigungen. Somit sei die Förderung langfristig abgesichert, und es bestehe für alle Planungssicherheit.

Sowohl die Fortführung der Förderung der vom Land geförderten Einrichtungen für die vierjährige Förderperiode, als auch die in diesem Jahr neu eingeführte Förderung einer zusätzlichen Fachkraftstelle für die Arbeit mit Kindern in Frauenhäusern konnten gesichert werden. Insofern müssten sich die regierungstragenden Fraktionen nicht vorwerfen lassen, ihnen sei die Arbeit mit Kindern in diesem Bereich nicht wichtig.

Der Einzelplan 07 weise einen Zuwachs um 365 Millionen Euro auf und zeige damit sehr deutlich, dass trotz der angespannten Haushaltslage bedeutsame und wichtige Vorhaben und Projekte abgesichert seien und weiter ermöglicht würden. Dies gelte nicht nur für den Bereich von Schutz und Hilfe gegen Gewalt, sondern auch im Bereich LSBTIQ. Insofern sei Abgeordnete Franziska Müller-Rech zuvor nicht ganz ehrlich gewesen, da anhand der im Landeshaushalts 2024 vorgenommenen Erhöhung erkennbar sei, dass der schwarz-grünen Landesregierung bewusst sei, dass die Gewalt an queeren Menschen zugenommen habe. Mit der Erhöhung sei vorgesehen, Angebote für die Sichtbarkeit und Akzeptanz von queeren Menschen insbesondere im ländlichen Raum zu stärken. Dies sei nach ihrer Ansicht durch den im zurückliegenden Plenum eingebrachten Antrag deutlich zum Ausdruck gebracht worden.

İlayda Bostancıeri (GRÜNE) empfiehlt, sich von den Finanzpolitikern in ihren jeweiligen Fraktionen erklären zu lassen, wie Aufwüchse und Sparen miteinander in Einklang zu bringen seien.

Es wäre sicherlich wünschenswert, wenn für das Jahr 2024 kein Sparhaushalt beraten werden müsste, aber wenn eine seriöse Politik betrieben werden sollte, müsse sich der Haushalt im Rahmen des Möglichen bewegen. Trotz aller Sparmaßnahmen liege dank der Bemühungen von Ministerin Josefine Paul ein solider Haushaltsentwurf vor, der nicht nur ermögliche, den Status quo zu halten, sondern auch Neues auf den Weg zu bringen.

In Nordrhein-Westfalen sei eine breit aufgestellte Infrastruktur vorhanden, an deren Unterstützung kontinuierlich gearbeitet werde. Derzeit gebe es 676 landesgeförderte Schutzplätze für Frauen in Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus stünden Mittel für weitere Frauenhäuser bereit. Beispielsweise habe gestern der Sozialausschuss der Stadt Gelsenkirchen den Träger für ein zweites Frauenhaus bestimmt, sodass dieses zeitnah auf den Weg gebracht werden könne. Auch in anderen Kommunen gebe es entsprechende Gespräche.

Seit ihrem Amtsantritt habe Ministerin Josefine Paul fünf Frauenhäuser in die Landesfinanzierung aufnehmen können. Daneben sei die Förderpauschale von 7.000 auf 10.000 Euro erhöht worden. Ferner sei die schon erwähnte Fachkraftstelle geschaffen worden, die sich um die speziellen Belange von Kindern und Jugendlichen, die mit ihren Müttern in Frauenhäusern lebten, kümmerten.

Darüber hinaus würden die Beratungsangebote weiter ausgebaut. So seien mehrere Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt zusätzlich in allgemeine Frauenberatungsstellen integriert worden. Auch hier fänden gewaltbetroffene Frauen ein spezialisiertes Angebot und Hilfen.

Die schon erwähnte Istanbul-Konvention sei von der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2017 ratifiziert worden. Jedoch könnten die Versäumnisse der vergangenen Jahre nicht innerhalb von ein oder zwei Jahren durch diese Landesregierung aufgeholt werden. Dennoch werde mit Hochdruck daran gearbeitet, im Rahmen des Möglichen eine Fortentwicklung zu erreichen. Es sei ein Anliegen, irgendwann der Istanbul-Konvention gerecht werden zu können.

Beim Gewaltschutz für queere Menschen gebe es unbestritten Lücken. Grundsätzlich existierten aber für queere Menschen Orte, an die sie sich mit ihren Anliegen wenden könnten.

Die Träger der Männerschutzwohnungen könnten im nächsten Jahr ebenfalls ihre Arbeit fortsetzen. Zu diesem Thema werde im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung noch ein Bericht der Landesregierung behandelt.

Das Projekt „YUNA“ zum Thema „Weibliche Genitalverstümmelung“ werde verstetigt. In diesem Bereich seien weitere Projekte geplant.

Nach dem Wegfall der EU-Förderung sei es gelungen, die Kompetenzzentren Frau und Beruf komplett in die Landesfinanzierung aufzunehmen und diese über eine neue Förderrichtlinie für die nächsten vier Jahre abzusichern. Damit werde Planungssicher-

heit für die Mitarbeitenden geschaffen, die ihre wichtige Arbeit für die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben fortsetzen könnten. Sie weigere sich, Gewaltschutz gegen andere Maßnahmen aufzuwiegen, da ein Gleichklang gegeben sein müsse. Zur Gleichstellung von Frauen gehöre mehr als der Gewaltschutz, auch wenn der ein extrem wichtiger Anteil sei.

Die Geschäftsstelle der LAG der kommunalen Gleichstellungsstellen werde über den Landeshaushalt 2024 abgesichert und könne ebenfalls ihre Arbeit fortsetzen.

Unter der Titelgruppe 75 sei ein Aufwuchs von rund 640.000 Euro für den Bereich LSBTIQ zu verzeichnen. Mit der CSD-Förderung werde ein neuer Schwerpunkt auf die Sichtbarkeit der sehr vielfältigen queeren Community in Nordrhein-Westfalen gelegt.

Im vergangenen Plenum sei die Weiterentwicklung des Aktionsplans gegen Homo- und Transfeindlichkeit auf den Weg gebracht worden. Zwar habe sich die Lebenssituation von queeren Menschen in manchen Bereichen verbessert, aber andererseits gebe es auch immer mehr Angriffe gegen queere Menschen und ergäben sich neue Herausforderungen beispielsweise in der Altenpflege oder für geflüchtete queere Menschen. Mit der Weiterentwicklung des Aktionsplans würden diese Herausforderungen aufgegriffen.

Aufgrund der aktuellen Haushaltsslage seien zwar nur kleine Schritte möglich, die aber umgesetzt würden. Kontinuierlich werde mit Hochdruck an einer Verbesserung der Situation für Frauen und queere Menschen gearbeitet.

Vor dem Hintergrund des von der Fraktion der SPD geäußerten Verständnisses für die aktuelle Situation könne sie den von dieser eingebrachten Änderungsantrag nicht so ganz nachvollziehen. Dieser enthalte aus ihrer Sicht unsachliche Anspielungen, die sie nicht richtig zuordnen könne. Dieser enthalte darüber hinaus auch keinen Vorschlag für eine Gegenfinanzierung. Der Änderungsantrag sei unseriös und werde deshalb von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Trotz der angespannten Haushaltsslage und der unvermeidbaren Kürzungen werde die Substanz nicht gefährdet. Gerade wegen der aktuellen multiplen Krisen sei es ein großes Anliegen, besonders die Hilfsangebote aufrechtzuerhalten und wo möglich auch auszubauen. In einer Zeit von antidemokratischen Tendenzen liege es der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen besonders am Herzen, von Sexismus und Queerfeindlichkeit betroffenen Menschen zu schützen und diesen dort Sichtbarkeit zu verschaffen, wo sie Sichtbarkeit benötigten. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf würden dafür die Voraussetzungen geschaffen, sodass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesem Entwurf zustimmen werde.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD) geht davon aus, es bestehe Einigkeit, dass jeder Entwurf eines Einzelplans die Handschrift des jeweiligen Mitglieds der Landesregierung trage, was auch beim Einzelplan 07 sehr deutlich spürbar sei.

Positiv zu werten sei eine Anhebung der Mittel für Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel, Zwangsheirat und Genitalverstümmelung. Aus der Sicht der Fraktion der AfD sei die vorgesehene Anhebung nicht ausreichend, aber sie sei lobenswert zu

erwähnen. Damit werde ein Schritt in die richtige Richtung gegangen, weil dieser Bereich letztlich als Integrationsmaßnahme verstanden werden könne.

Im Zuge von Haushaltsberatungen werde zwar über die vorgesehenen Mittel gesprochen, aber nicht darüber, welche Nachhaltigkeit mit einer Anhebung von Mitteln für den jeweiligen Bereich verbunden sei. Damit leite sie zu den Themen „Zwangsheirat“ und „Genitalverstümmelung“ über, die primär auch immer mit Zuwanderung verknüpft seien.

Nach dem Eindruck der Fraktion der AfD gebe es zu diesen Themen im Ministerium kein ganzheitliches Konzept. Das Fehlen eines ganzheitlichen Konzepts sei in der queeren Politik sehr deutlich auch im Hinblick darauf spürbar, wie mir Vorfeldorganisationen gearbeitet werde. In dieser Hinsicht werde von der Fraktion der AfD mehr gefordert, weil insbesondere aus dem Ruhrgebiet die Problemlagen bekannt seien. Nette Worte und höhere Förderanteile seien nicht ausreichend, sondern es sei ein klares Konzept erforderlich, wie beabsichtigt sei, nachhaltig mit diesen Themen umzugehen. Aufgrund des Ressortzuschnitts seien kurze Dienstwege gegeben, sodass im Laufe der Legislaturperiode in dieser Hinsicht möglicherweise Veränderungen zu erwarten seien.

Durch den zur Diskussion stehenden Teil des Einzelplans 07 entstehe das Gefühl, es werde ein Netzwerk für den Bereich queere Politik als gesamtgesellschaftliches Phänomen aufgebaut. Mehrfach seien heute schon Aggressionspotenziale und Straftaten gegen queere Personen und Personen mit anderer sexueller Orientierung angesprochen worden. Hierzu sei vom Abgeordneten Frank Müller eine Anfrage eingereicht worden. Nach der Antwort auf diese Anfrage sei in diesem Bereich ein Rückgang der erfassten Straftaten zu verzeichnen. Damit wolle sie natürlich nicht in Abrede stellen, dass das geschilderte Aggressionsverhalten nicht vorhanden sei. Für die Jahre 2019 und 2021 seien in Nordrhein-Westfalen insgesamt zehn erfasste Straftaten gegen diverse Personen zu verzeichnen gewesen.

Dem stehe ein Mittelaufwuchs bei den queerpolitischen Maßnahmen über alle Ressorts hinweg von rund 24 % gegenüber. Die Landesregierung könne prinzipiell in dieser Form Unterstützung leisten, aber dann sei es der Opposition auch erlaubt, die Frage nach der Bezugsgröße zu stellen. Daraus ergebe sich für sie die Frage, ob ein Mittelaufwuchs von rund 24 % gegenüber einer letztlich noch zu definierenden Bezugsgröße gerechtfertigt sei. Diese Rechtfertigung ergebe sich für die Fraktion der AfD nicht, insbesondere wenn sie die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit für die Zielgruppe LSBTIQ* betrachte.

Interessant sei das sehr koordinierte Vorgehen mit Vorfeldorganisationen. Es sei eine Steigerung um rund 20 % zu verzeichnen. In diesem Bereich sei ein Konzept erkennbar, aber in anderen Bereichen sei in dieser Hinsicht doch eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten.

Die Frauenhausinfrastruktur sei schon in ausreichendem Umfang angesprochen worden. Eine angespannte Haushaltslage bedinge die politische Entscheidung, an der einen oder anderen Stelle Abstriche vorzunehmen. Dies führe zu der unkomfortablen Lage, betrachten zu müssen, wie viele Menschen von diesen Abstrichen betroffen

seien. Vor diesem Hintergrund dürften einige Maßnahmen im Teil des Einzelplans 07, der heute zur Diskussion stehe, bei denen ein Aufwuchs vorgesehen sei, keinen Aufwuchs erfahren.

Am Ende ihrer Ausführungen wolle sie zum einen noch den Phänomenbereich der Endometriose erwähnen. Diese Thematik sei auf Anregung der Fraktion der FDP im Landtag debattiert worden. Möglicherweise könne Staatssekretär Lorenz Bahr-Hedemann mitteilen, ob zu diesem Thema in näherer Zukunft Maßnahmen geplant seien.

Zum anderen sei ihr als Abgeordnete aus Gelsenkirchen die Thematik „Kindergeldmissbrauch, Unterhaltsvorschuss etc.“ wichtig. Zu dieser Thematik sei von der Fraktion der AfD ein Änderungsantrag im Haushalts- und Finanzausschuss eingereicht worden. Durch Zahlen des Ministeriums werde bestätigt, dass es in diesem Bereich einen koordinierten Sozialbetrug gebe. Schön wäre es, wenn vonseiten des Ministeriums Bemühungen erkennbar wären, gegen diesen Sozialbetrug koordinierter vorzugehen, weil unabhängig von den Erstattungen von anderen Seiten die Kommune einen Teil der damit verbundenen Belastungen tragen müsse. Diese Belastung sei für einige Kommunen besonders problematisch. Heute nutze sie die Gelegenheit, für diese Thematik zu sensibilisieren.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI) verweist auf die sehr schwierige Haushaltssituation. Im Haushaltsvollzug 2023 könne nicht auf Steuermehreinnahmen gesetzt werden, sondern es seien Steuermindereinnahmen im Umfang von 620 Millionen Euro zu berücksichtigen. Die Herbststeuerschätzung 2023 sei zwar höher ausgefallen als die Frühjahrssteuerschätzung 2023, aber die Basis für die Aufstellung des Haushalts 2023 seien nicht die diesjährigen Steuerschätzungen gewesen, sondern dies sei die Herbststeuerschätzung 2022 gewesen. Die Steuerschätzungen in diesem Jahr seien jedoch niedriger ausgefallen als die Herbststeuerschätzung 2022. Daraus ergebe sich das strukturelle Defizit im Haushaltsvollzug 2023. Nach den Prognosen sei in den nächsten Jahren eher mit niedrigeren als höheren Steuereinnahmen zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund sei er froh, wenn konstatiert werde, dass der zur Diskussion stehende Haushalt eindeutig die Handschrift von Ministerin Josefine Paul trage. Aufwüchse und das Sparen seien nämlich miteinander in Einklang gebracht worden, indem Prioritäten gesetzt worden seien. Der Aussage der Abgeordneten Franziska Müller-Rech, in den Bereichen Kinder, Jugend und Bildung seien falsche Prioritäten gesetzt worden, weil die Aufwüchse zu gering ausfallen würden, müsse er widersprechen. Nach seiner Auffassung seien die zusätzlichen 500 Millionen Euro für den Kita-Bereich vor dem Hintergrund eines Sparhaushalts ein beachtlicher Betrag.

Mit der der neuen Finanzierung der fünften Stelle in den Frauenhäusern, die dem Schutz und der Betreuung von Kindern von gewaltbetroffenen Frauen diene, sei in diesem Bereich ebenfalls ein eindeutiger Schwerpunkt gesetzt worden.

Dies ändere nichts daran, dass mit einer herausfordernden Haushaltssituation umzugehen sei, die auch Anpassungen in den heute diskutierten Bereichen erfordere. Davon sei auch die Titelgruppe 61 im Kapitel 07 60 betroffen. Er hätte sich auch ein anderes Signal gewünscht, aber die aktuelle Haushaltssituation lasse ein anderes Vorgehen

nicht zu. Allerdings verspreche er, dass aufgrund der Kürzungen um 300.000 Euro an dieser Stelle kein gefördertes Projekt mit einem geringen Betrag gefördert werde, weil ein Ausgleich im Rahmen der Mittelbewirtschaftung über die gegenseitige Deckungsfähigkeit erfolgen könne. Darüber hinaus würden auch weitere Projekte finanziert. Um dies zu unterstreichen, verweise er auf den Förderbescheid vom 8. November 2023, mit dem das Frauenhaus Recklinghausen als letztes der fünf bestehenden Frauenhäuser im Jahr 2023 neu in die Landesförderung aufgenommen worden sei. Damit steige die Zahl der landesgeförderten Schutzplätze für Frauen ab Dezember 2023 auf insgesamt 689 Plätze. Mit dieser Zahl werde noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht sein.

Der Ausschuss lehnt den als Tischvorlage verteilten Änderungsantrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entwurf des Einzelplan 07 – soweit dieser Ausschuss zuständig ist – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

2 **Stand und weiteres Vorgehen Genderbudgeting** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Drucksache 18/1878

Inge Blask (SPD) stellt fest, dieses Thema sei zwischen den Jahren 2012 und 2017 unter der rot-grünen Landesregierung aufgegriffen worden, aber danach seien keine Fortschritte zu verzeichnen gewesen. Nun werde angekündigt, das Thema werde im Rahmen der Aus- und Fortbildung künftig wieder aufgegriffen und im Zuge des Nachhaltigkeitschecking solle das Nachhaltigkeitsziel der Gleichstellung von Männern und Frauen beachtet werden.

Im Umweltausschuss sei vonseiten der Fraktion der SPD nachgefragt worden, wie weit die Nachhaltigkeitsstrategie gediehen sei. Es sei die Auskunft gegeben worden, zunächst müssten Gespräche mit den Verbänden geführt werden, um dann eine aktualisierte Nachhaltigkeitsstrategie aufsetzen zu können.

Im Übrigen sei ein Nachhaltigkeitschecking auch noch nicht eingeführt worden. Aus ihrer Sicht müsse aber zunächst einmal eine Wirkungsanalyse durchgeführt werden.

Aus dem Bericht gehe hervor, dass sich bisher dem Genderbudgeting nicht angenommen worden sei. Die Fraktion der SPD hätte sich gewünscht, wenn in dem Bericht ein anderes Ergebnis dargelegt worden wäre.

3 Modellprojekt „Schutzplätze für von Gewalt betroffene Männer“ *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1881

Christin-Marie Stamm (SPD) dankt für den informativen Bericht, der allerdings nicht auf alle Fragen Antworten gebe.

Zunächst einmal bitte sie eine Einschätzung zum Bedarf an Männerschutzplätzen zu geben.

Eine weitere Frage ergebe sich zu den Kosten. Nach Angaben der Caritas werde von Frauenhäusern in NRW von den Schutzsuchenden ein Eigenanteil zwischen 5 und 80 Euro pro Tag erhoben. Vor diesem Hintergrund bitte sie um Auskunft, ob bei Männerschutzwohnungen von einem ähnlichen Eigenanteil ausgegangen werden.

Ferner bitte sie um Auskunft, wo neue Schutzplätze geschaffen werden sollten, sofern dies beabsichtigt sei. Nach ihrer Einschätzung bestehe möglicherweise in den Bereichen Hagen und Siegen ein solcher Bedarf.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI) gibt den Hinweis, die Hälfte der in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Männerschutzplätze befinde sich in Nordrhein-Westfalen. Diese Plätze seien zu 74,02 % belegt. Insofern werde derzeit von keinem weiteren Mehrbedarf ausgegangen. Die Landesregierung würde reagieren, wenn ein Mehrbedarf bestünde.

RB'e Birgit Wehrhöfer (MKJFGFI) bittet zu präzisieren, ob über die Eigenanteile der Träger oder die Tagessatzeinnahmen, die auch durch Sozialleistungen herangezogen würden, informiert werden solle.

Christin-Marie Stamm (SPD) bittet um Auskunft zu beiden Bereichen.

Norika Creuzmann (GRÜNE) bezeichnet es als eine Herausforderung, wenn das Ministerium den Eigenanteil der Träger definieren solle, da die Höhe des Eigenanteils bei jedem Träger und Frauenhaus unterschiedlich sei, weil die Tagessätze nicht einheitlich geregelt seien. Bei den Männern stelle sich die Situation ähnlich dar. Daher sei sie sehr gespannt, wie eine differenzierte Aufstellung aussehen werde und ob die Erwartung bestehe, darin jede einzelne Schutzeinrichtung aufzuführen.

Vorsitzende Britta Oellers empfiehlt, die Vorlage des Ministeriums abzuwarten. Dann könne darüber beraten werden, ob die Vorlage ausreichend sei.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI) wirft ein, es werde geprüft, über welche Daten das Ministerium verfüge.

Inge Blask (SPD) verweist auf in der vergangenen Legislaturperiode gegebene Informationen, wonach in den Männerhäusern überhaupt kein Eigenanteil von den Männern geleistet werden müsse. Daher bitte sie in die Vorlage aufzunehmen, ob inzwischen von den Männern ein Eigenanteil zu leisten sei und ggf. in welcher Höhe sich dieser bewege.

Vorsitzende Britta Oellers stellt fest, eine schriftliche Antwort werde durch das Ministerium erfolgen.

4 Stärkung der politischen Partizipation von Frauen – Vorstellung von zwei Projekten *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung; Bildschirmpräsentation s. Anlage 4)*

Vorsitzende Britta Oellers: Dieser Tagesordnungspunkt wurde mit Nachricht vom 30. Oktober durch die Landesregierung angemeldet.

Es sollen folgende Projekte vorgestellt werden:

1. Vorstellung der Ergebnisse der Befragung „Frauen in die Politik! Umfrage zur Situation in der Kommunalpolitik in fünf Städten der Regionen Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen“.

Als Referentinnen darf ich Frau Petra Blesel und Frau Regina Homeyer begrüßen. Frau Blesel ist Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Arnsberg, und Frau Homeyer ist Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Detmold.

2. Vorstellung des Projekts „Misch dich ein – mach Politik vor Ort! Kommunalpolitisches Programm für Studentinnen“.

Die Studentinnen sitzen als Zuhörerinnen im Saal. Hierzu tragen Frau Dr. Beate von Miquel, Alina Adrian und Charlotte Auel vor.

Zu dem ersten Vortrag liegt eine PowerPoint-Präsentation vor. Bevor die Damen beginnen, möchte gerne Herr Staatssekretär etwas sagen.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Der Anteil von Frauen im Landtag Nordrhein-Westfalen liegt aktuell bei 35,4 %. Wir wissen aber alle, dass er sich in den verschiedenen Fraktionen deutlich unterscheidet.

Auf kommunaler Ebene sind diese Werte teils noch dramatisch niedriger. Auch das ist uns allen bekannt. Mit der Stärkung der politischen Partizipation von Frauen verfolgt die Landesregierung kein geringeres Ziel, als hier gehörig für Konkurrenz zu sorgen.

Der Ausruf „Die Hälfte der Macht den Frauen“ ist immer noch weder Realität noch selbstverständliche Realität, sondern leider immer noch als eine Forderung zu verstehen.

Bei der paritätischen Repräsentanz von Frauen in politischen Gremien geht es nicht nur um die Sichtbarmachung der Hälfte der Bevölkerung, sondern es geht auch um die wirksame Vertretung ihrer Interessen, und damit ist Parität demokratierelevant. Diesem Ziel endlich näherzukommen, ist unser Anspruch mit Blick auf die nächsten Wahlen auf kommunaler, aber auch auf Landesebene.

Wir werden mit den unterschiedlichen Akteurinnen und Institutionen vielfältige Projekte durchführen und Allianzen schmieden. Wir wollen kurzfristig Frauen in Nordrhein-Westfalen Lust auf ein politisches Mandat machen und sie dazu auch befähigen und dabei unterstützen. Wir setzen alles daran, mittel- bis langfristig die partizipationshemmenden Strukturen so zu ändern, dass Mandatsträgerinnen und sachkundige Bürgerinnen nicht nach einer Legislaturperiode wieder frustriert das Handtuch werfen. Dieser Kulturwandel käme dann auch vielen anderen Engagierten zugute, die von überlangen

Sitzungen, rauen Gesprächskulturen und mit der Familie unvereinbaren Regeln und teilweise auch Sitzungszeiten abgeschreckt sind.

Zwei besondere Projekte, die wir schon gefördert haben, möchten sich heute vorstellen. Sehr geehrte Kolleginnen, Sie und ich wissen, warum Sie sich für den Weg in die Politik entschieden haben. Es freut mich daher sehr, dass heute auch Teilnehmerinnen des Projekts „Misch dich ein“, die noch am Beginn ihres politischen Engagements stehen, uns über ihre Motive, ihre Motivation und ihre Erfahrungen berichten werden. Ich darf Frau Dr. Miquel an dieser Stelle herzlich begrüßen.

Beginnen werden aber Frau Homeyer aus Detmold und Frau Blesel aus Arnsberg, die uns die sogenannte Detmolder Studie vorstellen werden. Das ist eine Umfrage zur Situation in der Kommunalpolitik in fünf Städten der Region Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen.

Außerdem sind wir gespannt auf ihren Bericht, welche Schlüsse sie aus den Ergebnissen in ihren Kommunen gezogen haben; denn das ist die Frage, die uns alle umtreibt: Wie gelingt es, mehr Frauen für politisches Engagement zu gewinnen und am Ende auch zu halten?

Insofern freue ich mich auf Ihre Präsentation und dann einen regen Austausch.

Regina Homeyer (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Detmold): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung in den Gleichstellungsausschuss hier in Düsseldorf.

Herzlichen Dank auch und gerade im Namen der drei Kolleginnen, die heute nicht mit dabei sein können, nämlich die Lippstädter, die Gütersloher und die Mindner Kolleginnen. Sie lassen Sie alle ganz herzlich grüßen.

Wir freuen uns, dass wir Ihnen unser gemeinsames Aktionsprogramm im Ausschuss vorstellen können. Peter Blesel und ich teilen uns das, damit es ein bisschen aufgelockerter wird. Sie haben schließlich schon einen gewissen Part hinter sich. Wir bemühen uns aber auch darum, den Zeithorizont einzuhalten.

(Der Vortrag wird von einer Präsentation begleitet [s. Anlage 3])

Im Mittelpunkt unseres Vortrags und der Anfrage steht schon unsere Umfrage „Frauen in die Kommunalpolitik“, aber wir haben uns gemeinsam dazu entschlossen, das einzurahmen und das nicht alleine singulär für sich stehen zu lassen, sondern das auch vor Ort mit einer Ausstellung zu begleiten, in der es insbesondere um die Unterrepräsentanz von Frauen in den Gremien der jeweiligen Städte geht. Es geht darum, noch einmal sichtbar und bewusst zu machen, wie wenig Frauen in den einzelnen Bereichen vertreten sind. Darüber hinaus haben wir es mit einem Qualifizierungsprogramm eingrahmt. Wir versuchen, auf alle drei Punkte in der kurzen Zeit einzugehen.

Angefangen – deshalb ist Detmold in der Ansprache vielleicht ein bisschen hervorgehoben worden – hat das Ganze damit, dass wir in den Gleichstellungsplan der Stadt Detmold geschrieben haben, dass wir eine Umfrage durchführen wollen. Wir wollten eine Umfrage bei den Menschen durchführen, die sich vor Ort bei uns schon kommunalpolitisch engagieren und die Erfahrungen vor Ort gemacht haben. Wir waren der

Meinung, die können am besten sagen, wo eigentlich die Hemmnisse und wo die fördernden Faktoren für politisches Engagement von Frauen sind.

Als wir das hineingeschrieben haben, wussten wir noch nicht genau, wie es gehen kann. Vernetzung bei einem Problem, das man nicht alleine lösen kann, tut immer gut. So habe ich mit Kolleginnen aus Mittelstädten – auch im ländlichen Raum – gesprochen und gefragt, ob sie eine Idee hätten, wie wir das angehen könnten. Die fanden das so gut, dass sie gesagt haben, lasst uns das doch gemeinsam machen.

So ist entstanden, dass wir uns im Grunde genommen aus zwei verschiedenen Regierungsbezirken, zwei Regionen – Südwestfalen und Ostwestfalen-Lippe –, gemeinsam auf den Weg gemacht und gesagt haben: Jeder von uns kann einen Beitrag aus der eigenen Fachlichkeit leisten, der bestimmte Erfahrungen hat und etwas mitzubringen hat. – Wir sind dann auf das Ministerium zugegangen und haben gesagt: Wir haben vor, ein gemeinsames Programm zu starten. Wir können bestimmte Teile aus eigener Kraft heraus leisten, aber bei der Umfrage brauchen wir Unterstützung des Landes. – Da waren wir sehr froh, dass uns Frau Ministerin Paul die Unterstützung zugesagt hat.

Wir haben dann, weil das eine kleine Nummer größer war als das, was wir ursprünglich einmal gedacht hatten oder ich gedacht hatte durchzuführen, eine starke Partnerin an unsere Seite geholt, die von der Sache Ahnung hat. Das ist die EAF in Berlin. Die kennen Sie sicherlich alle durch verschiedene Aktionen, die aus dem eigenen Haus heraus gefördert worden sind.

So haben wir uns auf den Weg gemacht, die Umfrage in allen fünf Städten an unsere Kommunalpolitik heranzutragen. Zuvor haben wir aber mit der EAF gemeinsam einen Fragebogen entwickelt, damit er für unsere fünf Städte passt.

Wir haben insgesamt rund 1.200 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker angeschrieben, die entweder ein aktuelles Mandat bei uns in der Kommune hatten oder in der letzten Wahlperiode aktiv waren. Uns interessierte nämlich vor allen Dingen auch, was die Ehemaligen sagen.

Wir sind stolz darauf, dass wir eine Rücklaufquote von 33 % haben. 33 % heißt, da sind valide Aussagen möglich. Wenig verwunderlich, Frauen haben sich stärker beteiligt als Männer. Sie haben oft ein stärkeres Interesse daran, dass mehr Frauen nachwachsen. Es haben sich aber auch – das ist doch ein tolles Ergebnis – sehr viele Kommunalpolitiker an der Studie beteiligt. Das zeigt später bei den Empfehlungen, dass wir da von einer breiteren Basis ausgehen können.

Am Anfang standen natürlich Forschungsfragen. Wir wollten einige Erkenntnisse sammeln, die aus der kommunalpolitischen Praxis kommen. Auf dieser Grundlage wollten wir auch Empfehlungen für mehr Frauen in die Kommunalpolitik gewinnen, um dann vor Ort zu schauen, welche Maßnahmen lassen sich daraus ziehen und welche Maßnahmen geht unsere Kommunalpolitik mit. Gleich gehe ich noch darauf ein, was das im Einzelnen ist.

Wenn es darum geht, die Barrieren in der Kommunalpolitik für Frauen zu senken, dass Frauen sich kommunalpolitisch stärker engagieren, ist es natürlich wichtig zu schauen, wie die Motive sind, wie die Zugänge sind und welche Erfahrungen es gibt. Unser

zentrales Erkenntnisinteresse war, mehr über die Hürden zu erfahren, um diese abzubauen zu können.

Ein Fazit ist vorab, dass die große Mehrheit derjenigen, die sich an der Umfrage beteiligt hatten, auf ein langes politisches Interesse zurückblickt und sich schon lange engagiert hat, aber nicht unbedingt in der Politik, sondern häufig auch im ehrenamtlichen Bereich, und es sehr vielen um ein bestimmtes Thema ging, das sie vorantreiben, das sie anpacken wollten.

Ich sagte schon, ein großer Teil war ehrenamtlich unterwegs, 84 %. Wenn man das weiß, dann ist das etwas, wo man sagen kann, da kann man noch einmal gezielter schauen und ansetzen, um gerade auch Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis vorab war – alle die hier sitzen, wird das nicht unbedingt erstaunen –, dass natürlich die persönliche Ansprache bei Frauen sehr, sehr wichtig ist. Die persönliche Ansprache, die Ermutigung ist noch wichtiger als sie bei Männern ist. Sehr, sehr wichtig und zentral war auch – wir Gleichstellungsbeauftragte kennen das aus eigener Erfahrung –, Vorbilder aufzuzeigen. Vorbilder nicht in dem Sinne, dass die ganz weit oben hängen, an die ich im Grunde genommen nicht herankommen kann, sondern Vorbilder in dem Sinne, dass es ganz normale Frauen sind, die vor Ort gute Politik machen und ihre Ideen und Vorstellungen einbringen, die das auch auf Landesebene und natürlich auch auf Bundesebene machen. Gerade das Thema „Ganz normale Frauen als Vorbilder“ ist wichtig, um bestimmte Personengruppen zu erreichen, die mehr unterrepräsentiert sind.

Ich habe die Folie weggelassen. In der Studie, die die EAF auf ihre Seite gestellt hat, können Sie übrigens nachlesen, wer an der Befragung teilgenommen hat. Da wird noch einmal deutlich, dass es auch und gerade diejenigen sind, die gut ausgebildet sind, die einen Hintergrund haben, bei denen die Familie seit Jahrzehnten in Deutschland lebt, und gerade andere Gruppen stark unterrepräsentiert sind. Das möchte ich nur noch ganz kurz erwähnen.

In der Studie sind die positiven Erfahrungen gut herausgekommen, die gemacht wurden. Wir haben nämlich gefragt, was gefiel ihnen in der Kommunalpolitik besonders gut. Die Mehrzahl der Männer und der Frauen hat geantwortet, dass Kommunalpolitik ein spannendes Aufgabenfeld ist. Meistens hört man nur das Negative. Es rückt immer nur das Negative und was beschwerlich, weil schwierig ist, in den Vordergrund, aber sehr selten ... Sie machen das, was es spannend ist. Sie machen es, weil sie etwas vor Ort bewegen wollen und auch zu Lösungen vor Ort beitragen wollen. 60 % der Männer gaben an, dass es für sie eine positive Erfahrung ist, zu Lösungen beizutragen. Bei Frauen waren es 50 %.

Bei Frauen spielt ganz besonders eine Rolle, dass sie sich persönlich weiterentwickeln können, sie neue Kompetenzen erwerben und sie interessante Menschen treffen. Das bildet im Grunde genommen ihre positive Sichtweise ab. Wenn wir Frauen für die Politik gewinnen wollen, dann müssen wir auf verschiedenen Ebenen die positiven Aspekte noch einmal stärker hervorheben und im Hinterkopf behalten.

Etwas zwiespältiger ist es bei der wahrgenommenen Anerkennung, weil da momentan eher das Negative überwiegt, wenn es um Kommunalpolitik und Politik geht. Das begegnet uns gleich noch einmal bei der Folie „Negative Erfahrungen“.

Wir haben natürlich auch danach gefragt, was nicht so gut ist, was die negativen Aspekte sind. Der Hauptkritikpunkt vor allem der Frauen – das sagten Sie schon – sind der hohe zeitliche Aufwand und insbesondere die viel zu langen Sitzungen.

Die Mehrheit der befragten Männer wie Frauen kritisierte darüber hinaus die unsachliche Berichterstattung, die fehlende Anerkennung für ihr politisches Engagement und – das ist ganz wichtig, weil es echt ein Abschreckungsfaktor ist – dass es oft zu stark um Parteipolitik und zu wenig um Sachpolitik geht.

Sehr wichtig ist natürlich auch: Viele empfinden den Umgang als respektlos.

Da haben Sie die Ansatzpunkte, wo man etwas machen kann und machen muss.

Damit übergebe ich das Wort an die Kollegin.

Petra Blesel (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Arnsberg): Ich komme dann zu den Umgangsformen, zu der Kommunikation über die Umgangsformen. Sie können das hinterher anhand der Prozentzahlen nachlesen. Aufgrund der Zeit möchte ich das zusammenfassen.

Gerade von Frauen wurden sehr negativ die wichtigen Absprachen außerhalb der Sitzungen und Gremien aufgenommen. Jeder, der politisch arbeitet, kennt das. Man weiß, dass man vielleicht gerade als Frau nicht den Gremien angehört, die entscheiden. Es wurde kritisiert, dass Redezeiten und auch die Sitzungszeiten oft überzogen werden. Das ist bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft ein Problem. Viele fühlen sich auch nicht auf Augenhöhe wertgeschätzt. Bei diesen Punkten hat mich eigentlich überrascht, dass viele der Punkte sogar von den Männern gleich empfunden wurden. Mich persönlich haben die Absprachen außerhalb der Sitzung überrascht. Ich hätte viel stärker bei den Frauen gesehen, dass die das als negativ empfinden. Da sind also Stellschrauben vorhanden, an denen die Fraktionen arbeiten müssen, an denen vielleicht auch schon im Parteienumfeld gearbeitet werden muss.

(Anja Butschkau [SPD]: Bei der SPD gibt es das nicht!)

– Dazu kann ich gar nichts sagen.

Dann wurden auch Verhaltensweisen abgefragt. Da sieht man dann wieder deutlichere Unterschiede beim Ranking der Männer. Der oberste Punkt war die wichtigen Absprachen außerhalb der Sitzung, dann dass die Fehlerkultur fehlt und die Sitzungszeiten oft überzogen werden. Bei den Frauen war es dann aber das dominante Redeverhalten. Die Absprachen wurden sogar erst in zweiter Linie vorgebracht.

Die Gleichstellungsbeauftragten sind immer im Rat dabei. Ich persönlich nehme wahr, dass oft durch sehr dominantes Redeverhalten auch gute Frauen einfach in Grund und Boden geredet werden. Deshalb ist unser Ansatz gewesen, im nächsten Schritt Fortbildung zu machen, weil wenn ich mich stärker fühle, kann ich dagegen angehen.

Deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung war das dominante Rednerverhalten. Das Unterbrechen ist auch immer ein Problem. 44 % stimmen zu, dass sehr viel häufiger beim Reden unterbrochen werden. 41 % stimmen zu, dass sie herabsetzende Sprüche oder Bemerkungen bekommen, die dazu führen, dass man sich oft stärker zurücknimmt.

Bei den Einschätzungen zur Chancengleichheit ist abgefragt worden, wie es empfunden wird, ob Männer und Frauen gleichgute oder bessere Chancen haben. Gleichgute Chancen sagen 22 % der Frauen gegenüber 54 % der Männer. Bessere Chancen sagen 69 % der Männer und 26 % der Frauen. Daran sieht man, wie weit das auseinanderklafft. Da sprechen wir über rein subjektive Wahrnehmung. Es ist natürlich sehr schwierig, daran zu arbeiten. Das geht meines Erachtens nur im Gespräch und dadurch, die Vorsitzende mit ins Boot zu nehmen.

Bei den spezifischen Erwartungen an Politikerinnen gibt es auch Unterschiede. Mir ist – ich war auch 25 Jahre politisch tätig – die attraktive Erscheinung aufgefallen. Ich sage immer, das ist die Frau, die hinterher im Bild steht, wenn wir noch ein Foto machen. Das im Grunde genommen als Erwartungshaltung zu haben, finde ich im Jahr 2023 wirklich unfassbar, aber man muss sich damit auseinandersetzen. Wir haben in unserem Fortbildungsprogramm thematisiert, wie man sich aufstellt und wie man sich als Persönlichkeit mit seiner Fachkompetenz aufstellt und wo man auch einmal Nein sagt.

Dann kommt das, was man Frauen zuspricht, wir müssen ausgleichen, wir müssen Überdurchschnittliches leisten. Das heißt, wir fangen an mit Schriftführung und Kaffee kochen und arbeiten uns langsam nach oben. Das sind Dinge, die anscheinend, egal welches Jahr wir schreiben, immer noch ein Thema und Problem sind, woran wir arbeiten müssen.

Zu den Empfehlungen. Das Thema „Gewinnung von Frauen“ wird unterschiedlich gesehen, aber man muss in Bezug auf die Frauen sagen, man muss sie gezielt ansprechen. Das hat Regina Homeyer vorhin schon gesagt. Die Ansprache spielt also eine Rolle. Wir brauchen frauenpolitische Netzwerke, das ist sehr wichtig. Wir brauchen auch Vorbilder. Wir haben in Arnsberg Insa Thiele-Eich gehabt, Kommunalpolitikerin aus Königswinter, vier Kinder, bekommt das fünfte, und wird hoffentlich die erste Astronautin in Deutschland sein. Wenn man so ein Vorbild hat und die gehört hat, dann ist man inspiriert und denkt, ja, es geht. Man muss einfach die Netzwerke oder die Struktur zu Hause so schaffen. Das ist Empowerment, und ich finde, das ist auch wichtig.

Die Qualifizierung haben wir jetzt gemacht. Ich habe das Qualifizierungsprogramm aus Arnsberg ausgelegt, das Sie gerne mitnehmen können. Ich glaube, das war wirklich gut. Wir haben das mit den Stiftungen gemacht. Man konnte sehr viel an seiner Persönlichkeit, an seinem eigenen Profil arbeiten. Gleichzeitig haben wir vernetzt. Darüber hinaus haben wir so ein Art Speeddating gemacht und uns mit den Kommunalpolitikerinnen vor Ort vernetzt, damit man schon die Kontakte hat, dass man ähnlich wie bei Mentoringprogrammen an die Hand genommen wird und einem die Türen geöffnet werden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist immer noch ein Problem. Wir haben in vielen Satzungen, dass man zum Beispiel die Möglichkeit hat, einen Babysitter zu

beschäftigen. Allen Ernstes muss man dann aber nachweisen, dass der Mann nicht zu Hause ist. Ich glaube, andersherum würde es das nie geben. Das sind Dinge, bei denen wir schauen müssen, dass wir es klarer machen und es genutzt wird.

Man sieht, Spielzimmer und Stillzimmer werden von den Frauen gar nicht so gravierend gesehen. Wichtig sind natürlich die Barrierefreiheiten. Wichtig ist aber auch, den zeitlichen Aufwand für die Sitzungen zu reduzieren. Aufgrund der EAF-Studie haben wir in Arnsberg jetzt zum Beispiel zwei Anträge – einmal zur paritätischen Rednerliste und zum anderen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – bekommen. Da geht es um die Begrenzung der Ratssitzungen auf 120 Minuten und eine Begrenzung der Redezeiten. Wenn wir es nicht durchbekommen, sei das nur ein Ansatz, aber wir kommen ins Gespräch und versuchen Regelungen zu finden, die es allen möglich machen. Schön wäre es natürlich, wenn wir in Ratssitzungen oder in Ausschusssitzungen digital zusammenkommen könnten, aber dafür fehlt noch die Grundlage.

Zur Attraktivität und zu den Rahmenbedingungen sind zumindest bei uns höhere Aufwandsentschädigungen genannt worden. Es folgt die höhere Flexibilität durch digitale Formate. Dazu hat die Ministerin gesagt, darauf wird geschaut. Das ist im Grunde genommen auf der Agenda. Natürlich gehört dazu auch die Freistellung vom Arbeitnehmer, dass man ein politisches Ehrenamt wertschätzt, ohne Probleme für seine Ratssitzungen um 17:30 Uhr freigestellt wird und nicht diskutieren muss, dass man daran teilnehmen kann.

Das Nächste überspringe ich und gebe an Frau Homeyer ab.

Regina Homeyer (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Detmold): Warum haben wir das gemacht? Warum haben wir diese Umfrage so angelegt, dass wir sie im ländlichen Raum, in den Mittelstädten durchgeführt haben? – Weil wir in der Kommunalpolitik häufig hören, dass in dem, was es an Umfrageergebnissen gibt, oft auf die Bundesebene, auf die Landesebene oder auf die Großstädte abgestellt wird. Sie haben alle geschmunzelt. Sie kennen das alle. Das ist nicht unbekannt. Es ist aber wichtig, dass von der Kommunalpolitik vor Ort in Städten unserer Größenordnung gesagt wird: So etwas gibt es bei uns auch. Das sind die Punkte. Damit müsst ihr euch beschäftigen. – Der Knackpunkt der Parteien ist ziemlich deutlich geworden. Der Knackpunkt ist, wie wir miteinander umgehen.

Wenn Sie sich die Umfrage ansehen, gibt es da einen deutlichen Gendergap. Die Männer nehmen das anders wahr als die Frauen. Das ist ein echtes Problem, wenn man da irgendwie zusammenkommen und Frauen erreichen will.

Die Parteien sind aber nicht unser Thema. Das ist vielleicht bei Ihnen ein Thema, aber uns als Gleichstellungsbeauftragte geht es eher darum, was wir tun können. Natürlich können wir schauen, dass wir das zum Thema machen, dass wir die Parteien ein Stück weit in die Pflicht nehmen, das wir erinnern, aber wir wollen auch Impulse setzen.

Die Kollegin aus Minden hat einen Workshop zusammen mit einer politischen Stiftung gemacht, bei dem parteiübergreifend besetzt das Thema war: Was können wir in unseren Parteien machen, damit wir frauenfreundlicher werden, frauenfreundlicher wahrgenommen werden und die Strukturen und den Umgang miteinander ändern? Darauf

zielte Ihr Konzept von vornhin nicht ab. Der Workshop ist gut gelaufen, und es sind einige wirklich gute Anregungen und Vorhaben zusammengekommen.

Wir haben in Detmold vor, im Januar unter Begleitung der EAF interfraktionell einen moderierten Workshop zu machen, bei dem auch die Verwaltung dabei ist, bei dem es darum geht zu schauen, wie wir die Rahmenbedingungen verbessern können. Wir sehen uns die Sitzungszeiten und das Sitzungsmanagement usw. an. Wir schauen uns natürlich auch das Thema „Vereinbarkeit“ an. Wahrscheinlich wird es auch noch einmal um das Thema „Wertschätzung“ gehen, gegenseitig Politik/Verwaltung und umgekehrt.

In allen Kommunen wurde aber auch eine stärkere Vernetzung der Ratsfrauen untereinander thematisiert. Es ist toll, was sich daraus ergeben hat. Das gilt aber auch für die Ratsfrauen mit den Gleichstellungsbeauftragten. Darauf freuen wir uns. Es gab Anträge im Rat, in denen es auch und gerade um die Themen „Redezeitbegrenzung“ – Sie sehen das alles – und „Paritätische Redeliste“ – Petra sagte das gerade schon – geht. Es gab ein paar Prüfaufträge an die Verwaltung: Wie können wir noch mehr in Sachen hybride Sitzungen machen? Wir sind auf dem Weg, aber das ist eine gewisse Wegstrecke.

Noch etwas Kleines zum Abschluss. Wir hatten eine Ausstellung, die irgendwie untergegangen ist, zum Thema „Unterrepräsentanz von Frauen in den Gremien“. Die haben wir in Detmold im Jahr 2018 entwickelt. Die hing sechs Wochen bei uns im Rathaus. Daran mussten immer alle sechs Wochen lang vorbei. Das war sehr plakativ, um noch einmal deutlich zu machen, wie wenig Frauen da sind. Das haben die Kolleginnen jetzt übernommen. Das können alle nachmachen. Die Wirkung ist, dass es als Thema präsent ist und noch einmal deutlich wird, sie müssen etwas tun.

Der Effekt, der auch eingetreten ist, ist der, dass wir gemeinsam Daten sammeln. Wir sind jetzt vergleichbarer. Nichts spornt Männer mehr an als der Vergleich. Die Folie, wie wir bei den Frauenanteilen unterschiedlich stehen, ist auch noch einmal interessant. Das haben wir uns gespart, weil wir sollen nicht solange vortragen. Wir bekommen darüber aber Vergleichszahlen. Über den Vergleich bekommt man auch vieles hin, auf den Weg gebracht und initiiert.

Auf die Reihe mit der Qualifizierung hat Petra schon hingewiesen. Das war sehr befruchtend. Wir sind froh und stolz, dass wir über ein Jahr hinweg ein großes Programm gemacht haben, wie sich die Frauen unserer fünf Städte miteinander vernetzt haben und auch vor Ort eine Vernetzung stattgefunden hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Britta Oellers: Herzlichen Dank, Frau Blesel und Frau Homeyer. – Gibt es Fragen? – Frau Butschkau.

Anja Butschkau (SPD): Ganz, ganz herzlichen Dank, dass Sie uns den Bericht gegeben haben. Ganz, ganz herzlichen Dank, dass Sie heute nach Düsseldorf gekommen

sind und erst recht dafür, dass Sie diese Energie in diese Studie gepackt haben, weil ich finde das wirklich hervorragend. Ja, ich glaube, wir haben alle an bestimmten Stellen genickt, weil wir bestimmte Phänomene kennen.

Ich habe in der Tat zwei konkrete Fragen. Ich sage einmal, komischerweise habe ich an einer Stelle, Frau Blesel, als Sie gesagt haben, ich bin zu lang, gedacht, genau darüber würde ich gerne noch einmal sprechen. Mir geht es da um die Freistellungsregelung. Es ist gesagt worden, es besteht ein großer Wunsch, dass sich da was ändert. Gab es da bei den Frauen bestimmte Vorstellungen, wie sich das ändern soll? Ihre Ausführungen waren, ab 17:30 Uhr, aber vielleicht gibt es da noch mehr. Das ist meine erste Frage.

In der zweiten Frage, die ich gleich anschließen darf, geht es mir um die Kinderbetreuung. Das ist immer ein Thema, auf das Sie kurz eingegangen sind. In der Folie stand etwas von Einrichtung von Spielzimmern. Wir wissen aber, wenn wir mit Frauen diskutieren, dass das immer ein großes Thema gerade in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Politik ist. Mich würde interessieren, ob es dazu Wünsche und Vorstellungen der Frauen und Männer gibt, damit wir ein Potenzial bekommen, das zu verändern. Mir ist aufgefallen – Sie müssen mich korrigieren, wenn das falsch ist –, aber wenn ich das richtig gelesen habe, hatte nur ein Drittel der Befragten Kinder, und Alleinerziehende kamen so gut wie gar nicht vor.

İlayda Bostancıeri (GRÜNE): Vielen Dank an Sie beide, aber auch an Ihre Kolleginnen für diese Studie. Frau Butschkau hat gerade schon gesagt, viele von uns haben an der einen oder anderen Stelle genickt und geschmunzelt, weil viele von uns Kommunalpolitik gemacht haben oder immer noch in der Kommunalpolitik aktiv sind und uns vieles leider bekannt vorkam.

Mich würde interessieren, ob Sie eine Einschätzung dazu haben, wieso sich die Parteien so schwertun, Frauen gezielt anzusprechen. Als Grüne haben wir sehr gute Erfahrungen mit der Frauenquote gemacht, womit, glaube ich, für all die Arbeit, die dahintersteckt – es ist nicht nur die Quote an sich –, in der Regel ein ganz gutes Umfeld geschaffen wird, damit Frauen politisch aktiv werden. Deshalb fände ich es spannend, wie Sie das einschätzen würden.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Ich versuche, mich sehr kurz zu fassen.

Frau Blesel, Sie haben gerade erfreulicherweise von den Fortbildungen gesprochen. Da würde ich gerne ganz kurz ansetzen. Ich glaube, wir alle wissen, Wissen ist Macht. Damit kann man sehr viel bewirken, vor allem in der Kommunalpolitik. Ich glaube, im Landtag kann so gut wie jeder sitzen, aber in der Kommunalpolitik manchmal nicht, weil wenn man sich mit der Bezirkssatzung, der Gemeindeordnung, Entschädigungsrichtlinien usw. auseinandersetzen muss, dann wird es doch deutlich komplexer als bei den großen Weltthemen in den Parlamenten.

Nichtsdestotrotz möchte ich das Thema „Fortbildung“ ansprechen. Haben Sie schon einen Pool an Referenten? Haben Sie irgendwie Schwerpunkte, mit denen Sie zusammenarbeiten? Sind das in erster Linie Verwaltungsrechtler? Oder wie wollen Sie da

vorgehen? Das würde mich interessieren. Welche Schwerpunkte haben Sie bei der Fortbildung?

Dann noch eine offene Frage: Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es vor allem für angehende Kommunalpolitiker sehr wichtig ist, einen Leitfaden für die konstituierende Sitzung zu bekommen. Darf ich Ihnen das an der Stelle freundlich mitgeben? Das ist unglaublich wertvoll, weil die meisten blicken verständlicherweise bei so einer ersten Sitzung gar nicht richtig durch.

Vorsitzende Britta Oellers: Sie teilen sich die Antworten bitte auf.

Regina Homeyer (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Detmold): Sie haben die Frage gestellt, warum sich die Parteien so schwer tun, Frauen anzusprechen. Ich glaube, die Parteien tun sich gar nicht so schwer, sie anzusprechen, sondern die Parteien tun sich schwer, die Frauen zu halten. Ich glaube, das Hauptproblem der Parteien ist das, dass sie sich ändern müssen. Sie müssen sich reflektieren, wie sie miteinander umgehen.

Bei der Präsentation waren 100 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus fünf Städten anwesend. Als es um die Frage ging, wie das Redeverhalten von Männern und Frauen wahrgenommen wird, da wurde deutlich, dass hier etwas auseinanderklafft. Alle haben ein bisschen amüsiert selbstkritisch über sich gelächelt, auch die männlichen Politiker. Ich dachte, da ist ein Funken von Erkenntnis, wir müssen etwas tun.

Wenn Sie bei uns in der Verwaltung wären, dann würde ich sagen, ihr müsst eine gemeinsame Fortbildung in Sachen wertschätzender Kommunikation machen. Da sind Sie aber nicht. Das wäre aber sicherlich ein Ansatz. Deshalb glaube ich, die wollen alle Frauen finden, aber sie glauben, sie können das machen, ohne sich verändern. Das funktioniert nicht. Als Arbeitgeber funktioniert es übrigens auch nicht, wenn ich nicht die Strukturen so verändere, dass Frauen sich darin wohlfühlen.

Petra Blesel (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Arnsberg): Wir haben einen Vorteil gehabt – das muss ich ergänzen –: Wir haben die Sitzung mit Frau Dr. Lukoschat aufgenommen. Nach der Vorstellung der Studie neigt man als Fraktion dazu, ein Statement zu geben. Bei uns haben die Männer die Statements gegeben und immer besonders ausschweifend gesagt, was sie für die Zukunft vorhaben. Daran werde ich sie messen. Das habe ich aufgenommen. Ich hoffe, dass man das dann nehmen kann; denn ich sage immer, mit dem gesprochenen Wort kann man viel sagen, aber letztlich muss man sich an den Taten messen lassen. Man muss als Politik – da sind es nicht die Fraktionen, weil der Anfang liegt in der Partei – den Rahmen schaffen, dass Frauen ihre Rolle finden und sie merken, es ist eine offene Tür vorhanden, zu der ich gehen kann. Das habe ich jetzt mit meinem 14 Frauen erlebt. Es ist gar nicht so leicht, auch wenn man an die Hand genommen wird, diesen Einstieg zu finden. Dies trotz Speed-dating. Man muss das Gefühl haben, da ist jemand, der will meine Kompetenz. Ich glaube, da haben wir auch als Gleichstellungsbeauftragte einen Weg, auf dem wir begleiten können.

Zur Freistellungszeit: Gemeint ist damit sowohl bei Männern als auch bei Frauen – das kann ich nur aus Arnsberg sagen –, dass man freigestellt wird. Entweder sind es Frauen, die sich in Familienzeit, Elternzeit befinden. Da ist das weniger das Problem. Im beruflichen Kontext sind es aber oft Menschen, die wirklich gefordert werden. Da geht es allein schon um die Terminierung der Sitzung und das Freistellen durch den Arbeitgeber, dass ich dann gehen kann. Es geht gar nicht um eine unbezahlte Freistellung, sondern es geht einfach darum, den Kopf freizuhaben, das kommunalpolitische Ehrenamt wird wertgeschätzt und ich kann es ausüben.

Bei uns ist das Thema „Stillzimmer oder Spielzimmer“ überhaupt kein Problem. Es liegt an der Fraktion der Grünen, dass wir einen Frauenanteil von 27 % haben. Die haben ihre Babys – wie Sie schon gesagt haben, in ihrer Partei ist das stärker verankert – in der Ratssitzung gestillt. Da braucht man kein Stillzimmer. Wir haben oft junge Frauen, die ein anderes Selbstverständnis haben. Ich glaube, da muss man auch hinkommen, weil Sie wissen selbst, wenn Sie ein Kind haben und müssen eine halbe Stunde rausgehen, dann funktioniert das nicht. Das ist keine Lösung. Das sind aber Dinge, bei denen man im Verlauf sehen muss, wie wir damit umgehen.

Dann war die Frage, ob ein Pool vorhanden ist. Wir haben mit allen Stiftungen zusammengearbeitet. Wir haben alle Parteistiftungen angefragt – das wollten wir auch – und haben Fortbildung angeboten. Von uns aus kann ich sagen, wir haben intern damit angefangen, wie ich einen Haushalt lese. Wie sind die Gremien aufgestellt? Wer hat welche Aufgaben? Gemeindeordnung und dergleichen. Das haben wir hausintern gemacht.

Dann haben wir das Speeddating vorgeschaltet, weil wir wollten, dass direkt eine Vernetzung stattfindet. Alle Veranstaltungen, die wir gemacht haben, haben wir immer auch für die anderen Städte geöffnet. Wir haben alle wirklich gute Referentinnen gehabt, die von der Vorstellungsrede, die ich halte, bis hin, wie tickere ich zu welchem Konzil mit wenigen Worten, also mit wenig Prosa, aber ganz genau. Es wird also ganz breit angeboten, was man als Kommunalpolitiker oder Politiker braucht. Daher glaube ich, dass es ein gutes Handwerkszeug war.

Wir sind mit 14 Frauen gestartet. 12 Frauen sind dabeigeblichen. Ich glaube, das ist eine gute Zahl. Nächstes Jahr muss man evaluieren, wie viele Frauen wir durch diese Unterstützung wirklich in den politischen oder vopolitischen Raum bekommen haben.

Zum Leitfaden: Ich sehe das so, es kann nicht der Leitfaden sein, sondern da ist das Mentoring wichtig. Mir hat immer mehr geholfen, wenn ich jemanden fragen kann, der politisch schon aktiv ist. Man muss seinen eigenen Weg finden, weil man muss als Person stehen. Nur wenn man etwas darstellt, wird man in der Politik wahrgenommen. Deshalb glaube ich, ist es wichtig, dass wir dieses Mentoring dabei haben.

Christin-Marie Stamm (SPD): Ich habe noch Nachfragen. Ich komme selbst auch aus einer sehr ländlich geprägten Region, aus dem Kreis Olpe, und kenne das Problem, dass wir händeringend nach Frauen suchen, die gerne Politik mitgestalten möchten.

Ich habe eine Frage. Vielleicht können Sie uns da einen Tipp geben. Haben Sie konkrete Handlungsempfehlungen, wenn es um Frauen mit Migrationshintergrund geht?

Wenn ich mir den Stadtrat von Olpe ansehe, fällt mir keine Frau ein, die einen Migrationshintergrund hat.

Ferner möchte ich das Alter ansprechen. Wir reden sehr oft von Müttern, aber beim Alter 18 bis 25 fehlt es bei uns auch an Nachwuchs. Ich glaube, da ist eine Hemmschwelle vorhanden, sodass man junge Frauen noch einmal anders unterstützen muss als die, von denen wir gerade gesprochen haben. Haben Sie da irgendwelche Handlungsempfehlungen? Das wäre toll.

Petra Blesel (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Arnsberg): Auch wir haben keine Frauen mit Migrationshintergrund. Wir haben leider auch aus diesem Bereich keine Frauen gehabt, die sich für das Programm interessiert haben. Ich glaube, das ist ein Stück weit auch dem ländlichen Raum – zumindest bei uns im Sauerland – geschuldet.

Ich war selbst einmal Parteivorsitzende. Da war es meine Aufgabe, dafür zu sorgen. Ich habe sehr viele junge Frauen hereinbekommen. Das Problem im ländlichen Raum ist, wenn Sie bei sich keine Uni haben. Sie haben die gerade hochgezogen und vielleicht im Rat, aber dann geht die zum Studium. Dann ist sie weg. Dann kann man sagen, man hat gute Arbeit geleistet, weil sie da weitermachen wird, aber für sich selbst ist das oft frustrierend.

Zum Projekt, das gleich kommt, „Misch dich ein“, haben wir in Arnsberg auch Frauen, die sich daran beteiligen. Für das kommende Jahr wäre für mich eine Aufgabe zu schauen, dass ich für die jüngeren Frauen etwas tue. Das kann man aber nicht mit der Gruppe, die Sie jetzt angesprochen haben, zusammen machen. Das passt nicht gut. Da könnte man gezielt fördern und hoffen, dass daraus auch für den ländlichen Raum etwas erwächst.

Vorsitzende Britta Oellers: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Heute ist der 9. November, und es müssen noch einige zu Gedenkveranstaltungen in den einzelnen Städten. Wir sehen das mit den Terminen, wie Sie das gerade angesprochen haben.

Heute möchten wir uns auch noch das Projekt „Misch dich ein – mach Politik vor Ort!“ vorstellen lassen. Daher darf ich mich bei Ihnen für die Vorstellung Ihres Projekts bedanken.

Nahtlos daran anschließend rufe ich die Vorstellung des Projekts „Misch dich ein – mach Politik vor Ort!“ auf. Der Punkt ist eben, in der Politik ist der Tag getaktet. Herzlich willkommen, Frau von Miquel, Frau Adrian und Frau Auel. Sie teilen sich die Redebeiträge auf. Es gibt keine PowerPoint-Präsentation, sondern sie machen das live und in Farbe.

Dr. Beate von Miquel (Ruhr-Universität Bochum, Marie Jahoda Center for International Gender Studies): Wir machen das live und in Farbe.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Ausschussmitglieder, sehr geehrter Herr Staatssekretär Bahr! Wir sitzen hier, und das schließt ganz wunderbar an das, was

unsere Vorrednerinnen gerade vorgestellt haben. Ich bin ganz glücklich über diese Konstellation, das Projekt „Misch dich ein – mach Politik vor Ort!“ vorstellen zu können, das ein Stück weit versucht, die Lücke zu schließen, über die gerade zum Schluss diskutiert worden ist, nämlich vor allem das Ziel, junge Frauen zwischen 18 und 25, die vor allem an spezifischen Hochschulen in NRW studieren, für Kommunalpolitik zu begeistern.

Ich mache das heute nicht allein. Neben den Teilnehmerinnen des derzeitigen Durchgangs habe ich zwei Kolleginnen mitgebracht, die den letzten Durchgang erfolgreich durchlaufen haben. Das sind Frau Auel und Frau Adrian.

Sehr geehrte Ausschussmitglieder, erinnern Sie sich noch, wie es war, wie Ihr Einstieg in die Kommunalpolitik oder in die Politik war? Waren es Gespräche in der Familie, im Freundeskreis oder auch besondere Vorbilder, die Sie motiviert haben? Oder war es ein bestimmtes Thema, das Sie ganz unwiderstehlich in die Politik gezogen hat? Erinnern Sie sich noch, wer Sie in die Spielregeln eingeführt hat, die es im politischen Raum gibt?

„Misch dich ein – mach Politik vor Ort!“ setzt genau an dieser Stelle an. Wir möchten jungen Frauen, die noch ganz am Anfang ihrer Karriere stehen, zeigen, wie sie sich im politischen Raum einbringen können. Es geht uns darum, die Hürden zu senken, über die wir eben auch schon ganz viel gehört haben, die vor einem Einstieg in den politischen Betrieb nun einmal stehen. Es geht uns ganz speziell darum, die Blackbox Kommunalpolitik, die sie vielfach für Bürgerinnen noch ist, wenn man von außen auf sie sieht, näher auszuleuchten.

Aus unserer Perspektive ist das Programm „Misch dich ein“ tatsächlich auch ein Programm, das ein wichtiger Bestandteil von Demokratieförderung ist und in diesen Zeiten noch einmal eine ganz besondere Bedeutung hat.

Unsere Zielgruppe sind Studentinnen an den beiden Ruhrgebietsuniversitäten, der Ruhruniversität in Bochum und der Universität Duisburg-Essen. Das Programm wird vom NRW-Gleichstellungsministerium gefördert. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich sagen: Ohne die Förderung durch das Ministeriums könnten wir ein solches Programm überhaupt nicht durchführen. Die Hochschulen haben dafür keine Mittel. Wir sind sehr dankbar, dass das tatsächlich möglich ist.

Wir wollen zwei Durchgänge durchführen. Der erste findet in diesem Wintersemester statt. Pro Durchgang stehen 15 Plätze für Teilnehmerinnen zur Verfügung. Das Programm ist so angelegt, dass es ein Semester lang geht, also jetzt das Wintersemester. Wir sind gerade am letzten Wochenende mit einer Reise nach Berlin gestartet. Ende März werden wir diesen Programmdurchlauf dann beenden.

Einen ganz wichtigen Baustein bildet die Zusammenarbeit mit den kommunalen Gleichstellungsstellen. Das sind in unserem Fall die kommunalen Gleichstellungsstellen in Essen und in Bochum. Diese wiederum ermöglichen uns – wir liegen außerhalb des kommunalpolitischen Raums –, tatsächlich den direkten Zugang zu Politikerinnen zu finden, die vor Ort in den Räten oder als sachkundige Bürgerinnen engagiert sind.

Projektpartnerin für das Programm ist die EAF in Berlin. Wir haben eben schon sehr viel über die EAF gehört, die an dieser Stelle eine hochkompetente Kooperationspartnerin ist. Sie ist auch Trägerin des Helene Weber-Kollegs, das sich deutschlandweit sehr intensiv der Förderung von Kommunalpolitikerinnen verschrieben hat.

Was machen wir bei „Misch dich ein“? – Das Programm umfasst verschiedene Elemente und Formate. Im Kern umfasst es zwei mehrtägige Seminare, in denen wir uns mit der Situation von Frauen in der Kommunalpolitik befassen. Wir haben also genau das Gleiche gemacht, was die Kolleginnen aus Ostwestfalen und Südwestfalen eben vorgestellt haben. Wir haben uns nämlich tatsächlich einmal die Zahlen angesehen, wie die gerade in NRW sind.

Es geht darum, eigene Hürden für ein Engagement zu erkennen und vor allem kennenzulernen, wie diese Hürden überwunden werden können. Schließlich tauchen wir auch ganz tief in die kommunalpolitische Welt selbst ein. Wir gehen in den Austausch mit Role Models. Was für uns auch sehr wichtig ist, wir lernen erfolgreiche kommunalpolitische Projekte kennen. Es ist aus unserer Perspektive auch sehr wichtig zu sehen, Kommunalpolitik ist nicht nur ein Raum, in dem geredet wird, sondern in dem tatsächlich konkrete Projekte umgesetzt werden, für die es spannend ist, sich einzusetzen. Wichtig ist auch, das Programm ist selbstverständlich parteiübergreifend gestaltet.

Eine ganz große Besonderheit dieses Projekts sind die sogenannten Mikroprojekte, die die Teilnehmerinnen selbst entwickeln und in denen sie sich politischen Themen widmen oder sich mit Karrieren in der Politik befassen. Das ist der Einsatz von Alina Adrian und Charlotte Auel, die Ihnen vorstellen, was sie im letzten Durchgang entwickelt haben.

Charlotte Auel (Ruhr-Universität Bochum, Marie Jahoda Center for International Gender Studies): Hallo zusammen! Erst einmal vielen Dank, dass wir die Möglichkeit bekommen, unsere Mikroprojekte vorstellen zu dürfen.

Sie sind sicher alle mit dem Format eines Freundebuchs vertraut. Meine Kommilitonin Hannah Schütt, die auch am letzten Jahrgang teilgenommen hat, und ich haben zusammen ein Freundebuch gestaltet, aber extra für weibliche Kommunalpolitikerinnen. Wir haben uns unterschiedliche Fragen überlegt, zum Beispiel: Was sind meine kommunalpolitischen Aktivitäten? Was sind politische Themen, die mir besonders wichtig sind? Oder auch: Wie sah mein individueller Weg in die Kommunalpolitik aus? In Bezug auf „Misch dich ein“ aber auch: Was sind Hürden, die euch in der Kommunalpolitik begegnet sind? Welche Maßnahmen werden eurer Meinung nach generell für die Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik benötigt?

Wir sind dann auf sechs Kommunalpolitikerinnen zugegangen und sind mit denen ins Gespräch gekommen. Die haben sich dann eingetragen. Dabei haben wir versucht, ein möglichst breites Parteienspektrum abzudecken.

Superspannend war, dass alle Frauen unterschiedliche Ämter innehaben und einen ganz individuellen Zugang zur Kommunalpolitik hatten, aber gerade dann, wenn man sich die Fragen ansieht, welche Hürden Frauen in der Kommunalpolitik begegnen, was

eure Wünsche für die Zukunft und was eure gewünschten Maßnahmen sind, wurden bei den Einträgen ganz, ganz viele Parallelen aufgezeigt.

Deshalb fand ich es gerade sehr interessant, die Umfrageergebnisse zu hören, weil das schließt wunderbar daran an, gerade wenn es um die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Carearbeit geht, die Straffung von Sitzungszeiten, aber auch der ganz wichtige Aspekt des Themas des Networkings, die Kneipenabende für Männer, die da wichtige Informationen austauschen, die den Frauen aber vorenthalten werden, und dass Frauen auch mit sexistischen Äußerungen konfrontiert werden oder dem Vorurteil begegnen, sie sind nur eine sogenannte Quotenfrau und ihnen individuelle Kompetenzen abgesprochen werden.

Kann kurz, warum wir das Format eines Freundinnenbuchs gewählt haben. Hannah und mir ist aufgefallen, Kommunalpolitik ist für viele etwas Abstraktes und anscheinend ein fernliegendes Geschehen. Indem wir weiblichen Kommunalpolitikerinnen eine Plattform geben, sich vorzustellen und auch ihre kommunalpolitischen Aktivitäten vorzustellen, wollen wir den Leserinnen und Lesern des Freundinnenbuchs Kommunalpolitik näherbringen, Zugänge schaffen und auch Interesse an Kommunalpolitik wecken.

Alina Adrian (Ruhr-Universität Bochum, Marie Jahoda Center for International Gender Studies): Hallo! Ich möchte mich auch erst einmal für die tolle Chance bedanken, unsere Projekte vorzustellen.

Ich glaube, mit meinem Mikroprojekt habe ich ein ähnliches Ziel verfolgt wie Charlotte, nämlich aufzuzeigen, wie Kommunalpolitik überhaupt funktioniert, wie man in sie hineinkommt, aber ich habe ein anderes Format gewählt. Ich habe in meiner Heimatstadt ein Interview mit einer Kommunalpolitikerin geführt, die schon sehr lange aktiv ist und die zu dem Zeitpunkt Bürgermeister:innen-Kandidatin war. Wir haben uns vor allem über ihren Lebenslauf unterhalten.

Diese Person habe ich deshalb angesprochen – wir haben das gerade bei der Präsentation gehört –, weil Anerkennung etwas ist, was viele nicht sehen. Mir als Feministin war es einfach wichtig, auch politisch aktive Frauen über 60 zu zeigen. Das fand ich irgendwie total krass, weil ich manchmal das Gefühl habe, dass die auf kommunalpolitischer Ebene nicht so gesehen werden.

Dieser Interviewpodcast ist bei Spotify veröffentlicht worden. Sie haben eine Broschüre bekommen, über die Sie das finden können. Darüber können Sie auch das Freundinnenbuch online finden.

Für mich war der Kontext für mein Mikroprojekt, eine Art feministische Archivarbeit zu betreiben, zu sagen, dass wir aus diesen Lebensläufen und den Erfahrungen älterer Politikerinnen als junge Aktive auch etwas lernen können. Das war meine Zielgruppe. Ich wollte daraus aber auch eine Art Bestärkung mitnehmen. Deshalb möchte ich meinen Beitrag mit dem Zitat schließen, mit dem auch der Podcast schließt, in dem meine Interviewpartnerin Eva Kirchhoff sagt: „Nur Mut!“ Das fand ich irgendwie sehr schön.

Dr. Beate von Miquel (Ruhr-Universität Bochum, Marie Jahoda Center for International Gender Studies): Jetzt stellt sich natürlich die Frage, was ein solches Projekt

bringt. Welche Effekte hat es? Wie viele der Studentinnen, der Teilnehmerinnen an der letzten Runde – wir haben erst eine durchgeführt – sind tatsächlich im politischen Raum gelandet? – Wir können feststellen, dass von den 15 Teilnehmerinnen 80 % inzwischen einer Partei beigetreten sind. Die Phase des Parteieintritts fiel teilweise sogar mit der Vorbereitung der Landtagswahl zusammen. Die eine oder andere war sogar schon an den Wahlkampfständen zu finden. Das ist tatsächlich ein sehr aktiver Start in das politische Geschehen. Darüber hinaus gibt es aber auch Teilnehmerinnen, die sich in anderen Bereichen im vopolitischen Raum engagieren. Dazu können uns Charlotte und Alina auch noch etwas erzählen.

Alina Adrian (Ruhr-Universität Bochum, Marie Jahoda Center for International Gender Studies): Genau. Ich bin nicht in eine Partei eingetreten, sondern ich bin in eine Gewerkschaft eingetreten.

(Anja Butschkau [SPD]: Auch gut!)

Ich war aber schon vor „Misch dich ein“ seit Beginn meines Studiums hochschulpolitisch in der Fachschaft aktiv. Das heißt, ein Interesse für Engagement bzw. sich dafür Zeit zu nehmen, war schon vorhanden. Nach „Misch dich ein“ bin ich in die Gewerkschaft eingetreten, um vor allem zu unterstützen, den studentischen Tarifvertrag einzuführen und für den Mittelbau für die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen an dem Sonderbefristungsrecht zu rütteln, weil ich auch an der Uni arbeite. Das ist für mich dabei herauskommen.

Ansonsten mache ich eher parteienunabhängig feministischen Basisaktivismus in Bochum.

Charlotte Auel (Ruhr-Universität Bochum, Marie Jahoda Center for International Gender Studies): Ich kann noch kurz von mir erzählen. Ich bin einer Partei beigetreten, und zwar den Grünen, aber ich bin auch hochschulpolitisch aktiver geworden. Ich bin studentisches Mitglied im Senat der Ruhruniversität Bochum. Ich habe mich aber auch entschieden, gemeinsam mit einem Kommilitonen den Vorsitz für die Qualitätsverbesserungskommission zu stellen, über die Anträge für die Verbesserung der Lerninfrastruktur gestellt werden. Das ist in dem Sinne auch noch eine sehr spannende Kommission an der Uni, weil das die einzige Kommission ist, bei der wir Studierende den Vorsitz haben.

Neben den parteipolitischen Aktivitäten war bei mir ein Punkt, dass sich ein wissenschaftliches Interesse herausgebildet hat. Ich habe meine Abschlussarbeit über Frauen in der Kommunalpolitik mit Migrationsbiografie geschrieben. Deshalb hat mich auch die Nachfrage sehr gefreut, weil meiner Meinung nach, um Vielfalt in den Parlamenten zu schaffen, muss man Dimensionen zusammendenken. Gerade Frauen mit Migrationsbiografie sind noch einmal unterrepräsentierter als das vielleicht andere Frauen sind.

Meine Abschlussarbeit konnte ich auch im Beirat für Frauen, Geschlechtergerechtigkeit und Emanzipation der Stadt Bochum vorstellen, in dem auch die kommunale Gleichstellungsstelle anwesend war. Das wäre ohne die Teilnahme an „Misch dich ein“

so nicht möglich gewesen, da ich dadurch Kontakte zu Interviewpartnerinnen bekommen habe und meine Abschlussarbeit im Beirat vorstellen konnte.

Dr. Beate von Miquel (Ruhr-Universität Bochum, Marie Jahoda Center for International Gender Studies): Das war es von uns. Herzlich Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzende Britta Oellers: Herzlichen Dank an die drei Damen für den lebendigen Vortrag. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Zunächst Frau Bostancieri und dann Frau Butschkau.

İlayda Bostancieri (GRÜNE): Ich habe gar nicht viele konkrete Fragen, aber ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen allen dafür bedanken, dass Sie heute hier sind und uns das vorgestellt haben.

Ich finde es total spannend zu sehen, wie vielfältig das politische Engagement anscheinend auch unter den Teilnehmerinnen ist und zu einem Parteieintritt, – herzlich willkommen bei den Grünen –, aber auch zum Eintritt in die Gewerkschaft führt. Das finde ich total gut, weil politisches Engagement ist nicht immer nur parteipolitisches Engagement. Ich glaube, es ist ganz wichtig, das noch einmal zu sehen.

Sie haben ganz viele spannende Themen angesprochen. Ich finde es toll, dass Sie beide heute hier sind quasi als Alumni des Programms. Ist eine Vernetzung angedacht zwischen den Alumni und den neuen Teilnehmerinnen? Können Sie dazu noch etwas erzählen? Das fände ich ganz spannend.

Anja Butschkau (SPD): Zunächst auch von unserer Seite aus ganz herzlichen Dank für Ihr Kommen. Ich bin total beeindruckt. Das war ich auch schon, als ich zur Tür hereinkam und so viele junge Frauen gesehen habe. Darüber habe ich mich total gefreut.

Die Darstellung Ihres Projekts zeigt, wie erfolgreich Ihre Arbeit ist. Das hat mich sehr gefreut. Über den Parteieintritt bei Ihnen können wir noch einmal sprechen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Nein, das war Spaß.

Jetzt aber ernsthaft. Frau Dr. von Miquel, mich würde interessieren: Wie kommen Sie denn an die Teilnehmerinnen? Sowohl die Ruhr-Uni als auch an die Gesamthochschule Essen, an der ich auch studiert habe, sind sehr groß. Wie erreichen Sie die Teilnehmerinnen?

Dann habe ich eine Frage an Frau Adrian und Frau Auel. Was würde denn in Ihrem Freundinnenbuch unter Hobby stehen? Ich sage, worauf ich hinauswill. Gibt es eine Gemeinsamkeit bei Ihren Teilnehmerinnen? Ist es vorher vielleicht ein verstärktes

ehrenamtliches Engagement gewesen? Oder gibt es bestimmte Studienfächer, die bei Ihnen besonders auftreten? Ja, das sind Fragen, die mich bewegen.

Dr. Beate von Miquel (Ruhr-Universität Bochum, Marie Jahoda Center for International Gender Studies): Vielen Dank für die Fragen. Die Vernetzung der Alumni und der jetzigen Teilnehmerinnen ist eine ganz wichtige Sache. Wir planen zum Beispiel zum Abschluss dieses laufenden Durchgangs, auch die Teilnehmerinnen am ersten Durchgang einzuladen, um tatsächlich den Vernetzungseffekt zu erhöhen und fortlaufend an einer – ich sage einmal – Misch-dich-ein-Community im Ruhrgebiet und darüber hinaus zu arbeiten. Wir halten auch die Netzwerkarbeit, das sich gegenseitig stärken und empowern, für ganz, ganz wesentliche Bedingungen, um tatsächlich das Engagement aufrechtzuerhalten.

Die Gewinnung von Teilnehmerinnen ist echt die 100.000-Dollar-Preisfrage. Es wurde auch gefragt, wie man zum Beispiel in den ländlichen Kommunen jüngere Frauen gewinnen kann. Wir haben ganz klassische Wege gewählt. Ganz wichtig ist, einen guten Social-Media-Kanal zu haben. Den haben wir zum Beispiel an der Ruhr-Uni über die Geschlechterforschung. Wir haben aber auch die Uni Duisburg-Essen, die die Nachricht, dass das Programm startet, auf die Startseite der Uni gesetzt hat. Dadurch haben wir Interessentinnen auf das Programm aufmerksam gemacht.

Es gibt natürlich auch den schönen Effekt von Mund-zu-Mund-Propaganda, also tue Gutes und rede darüber. Wir haben auch festgestellt, dass diejenigen, die den ersten Durchgang glücklich hinter sich gebracht haben, an Kommilitoninnen berichtet haben, was sie erlebt haben und wie bereichernd das war.

Man kann eigentlich sagen, viele Wege führen nach Rom. Wir haben alle Kanäle benutzt, die uns zur Verfügung standen und stehen.

Charlotte Auel (Ruhr-Universität Bochum, Marie Jahoda Center for International Gender Studies): Ich werde noch etwas zur zweiten Nachfrage sagen. Das war die Frage nach den Zugängen zur Kommunalpolitik, nach den Hobbys und wie man dazu gekommen ist.

Uns ist aufgefallen, eine wichtige Rolle spielt die Schule, dass dort schon einmal ehrenamtliches Engagement geprobt wurde. Eine war zum Beispiel Schülersprecherin gewesen. Dann spielt aber auch das Ehrenamt, was auch schon gesagt wurde, eine wichtige Rolle. Dazu gehört auch, dass sich junge Menschen ein Thema heraussuchen, das sie bewegt. Einer Interviewpartnerin liegt das Thema „Umwelt“ sehr am Herzen. Sie war bei Greenpeace aktiv, hatte aber das Bedürfnis, da noch mehr zu machen und parteipolitisch aktiv zu werden. Oft ist es auch der Freundeskreis gewesen, wenn man Leute in seinem Freundeskreis hat, die sagen: Ach, ich gehe zu der Veranstaltung, zu der Demo. Oder möchtest du einmal in den Verein mit hineinkommen? Das sind Leute, die einen motivieren, mitzumachen, die direkt auf einen zugehen.

Dann zu der Frage nach den Studienfächern. Dazu kann ich sagen, das war relativ unterschiedlich. Wir hatten zwei Sozialwissenschaftlerinnen, die wir interviewt haben, eine Ingenieurwissenschaftlerin, aber von den anderen kann ich das nicht spontan

sagen. Das war also relativ divers. Man muss aber dazu sagen, es waren sechs Personen. Das ist dafür dann vielleicht auch nicht ganz repräsentativ.

Vorsitzende Britta Oellers: Herzlichen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich finde es super, dass Sie heute alle gekommen sind. Das gilt auch für die Damen hinten im Zuschauerbereich. Sie sind bis zum Schluss geblieben. Das passte sehr gut. Ich wünsche Ihnen für die Projekte weiterhin viel Erfolg. Damit schließe ich diesen Punkt ab.

5 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Britta Oellers
Vorsitzende

4 Anlagen

11.12.2023/13.12.2023

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion	Antrag	Abstimmungsergebnis								
	SPD	<p>Kapitel 07 060 Gleichstellung von Frauen und Männern Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 33.181.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">33.481.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 33.481.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Schutz von gewaltbetroffenen Frauen muss für das Land Nordrhein-Westfalen eine hohe Priorität haben. Es fehlen immer noch Frauenhausplätze. Die Finanzierung des Angebots durch die Träger bleibt weiter prekär. Die Gleichstellungsministerin hat angekündigt, weitere Frauenhausplätze in die Förderung aufnehmen zu wollen und die Förderpauschalen zu erhöhen. Betrachtet man zugleich die hohe Ausschöpfung der Titelgruppe 61 in den letzten Jahren, ist es fragwürdig, wie das mit einer Kürzung der Mittel im Haushalt 2024 vereinbar ist. Es ist unverständlich, dass 300.000 Euro aus der Titelgruppe gestrichen werden, um an anderer Stelle Prioritäten damit abzusichern.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 33.181.200 Euro	33.481.200 Euro	um 300.000 Euro		auf 33.481.200 Euro		<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>
2024	Ansatz lt. HH 2023										
von 33.181.200 Euro	33.481.200 Euro										
um 300.000 Euro											
auf 33.481.200 Euro											



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.1 / A 03
Ausschussvorsitzende Britta Oellers MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

ANJA BUTSCHKAU MDL
Frauenpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2638
F 0211.884-3125
EMail anja.butschkau@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

26.10.2023

„Stand und weiteres Vorgehen Genderbudgeting“

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 09.11.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

nach einem Kabinettsbeschluss im Jahr 2013 ist die Etablierung eines Gender-Mainstreams Querschnitts- und Führungsaufgabe in allen Fachbereichen des Haushalts- und Finanzausschusses. Nach einem Modellversuch in den Haushalten 2016 und 2017 wird das Genderbudgeting im Bereich der Aus- und Fortbildungen stetig weitergeführt.

Mit jedem Haushalt gestaltet eine Landesregierung die Verwendung öffentlicher Mittel und verfügt damit über Einfluss auf die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen in jedem Bereich des gesellschaftlichen Lebens. So steht auch im Koalitionsvertrag für NRW von Schwarz-Grün: „Auch im Landeshaushalt achten wir verstärkt auf Nachhaltigkeitsaspekte und dabei insbesondere auf den Schutz des Klimas. Deshalb werden wir ein praktikables und auf die für Nordrhein-Westfalen relevanten Aspekte bezogenes Nachhaltigkeits-Tracking unter Einschluss des globalen Nachhaltigkeitsziels fünf (Gleichstellung von Männern und Frauen) auf die Ausgaben des Landes einführen und die Landeshaushaltsordnung entsprechend ändern.“

Wir bitten daher um einen schriftlichen Bericht zur Analyse und Steuerung der Haushaltspolitik NRW aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit. Eine kritische Reflexion der selbst gesetzten Ziele ist dabei wünschenswert.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Der Bericht soll dabei u.a. folgende Inhalte erläutern:

1. In welchen Bereichen des Haushaltsplans 2024 finden bisher geschlechterbezogene Kriterien Berücksichtigung? Bitte nach Titelgruppe aufschlüsseln.
2. Sind Erfolge des Genderbudgetings in o.g. Titelgruppen in Zahlen wiederzugeben? Wenn ja, bitte aufführen.
3. Ist die Landesregierung zufrieden mit den bisherigen Maßnahmen dieses Bereichs?
4. In welchen Schritten sollen diese Maßnahmen verstetigt und ausgebaut werden?
5. In welchen darüber hinaus gehenden Bereichen hält die Landesregierung eine Auseinandersetzung mit Gesichtspunkten des Genderbudgetings für sinnvoll?
6. Welche Pläne hat die Landesregierung im Hinblick auf ein gesamthaushalterisches Genderbudgeting?
7. Gibt es eine aktuelle geschlechtergerechte Wirkungsanalyse von Gesetzen und Maßnahmen der Landespolitik?
8. Wenn nein, ist eine solche Maßnahme geplant?
9. Wenn nein, warum nicht und wenn ja, für wann?
10. Mit welchen Maßnahmen soll überdies das im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgeschriebene Nachhaltigkeitsziel fünf (Gleichstellung von Frauen und Männern) erreicht werden?
11. Was ist der aktuelle Stand zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten Änderung der Landeshaushaltsordnung?

Mit freundlichen Grüßen

Anja Butschkau MdL
Frauenpolitische Sprecherin



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.1 / A 03
Ausschussvorsitzende Britta Oellers MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

ANJA BUTSCHKAU MDL
Frauenpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2638
F 0211.884-3125
EMail anja.butschkau@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

24.10.2023

Modellprojekt „Schutzplätze für von Gewalt betroffene Männer“

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 09.11.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im „neuen Lagebild Häusliche Gewalt“ der polizeilichen Kriminalstatistik werden seit 2015 u.a. weibliche und männliche Opfer von häuslicher Gewalt getrennt aufgeführt. Unter den Taten, die zur Anzeige gebracht wurden, waren im Jahr 2022 fast 30% der Opfer männlich.¹

So wundert es wenig, dass inzwischen unumstritten ist, dass die Prävention von Gewalt sowie der Schutz vor Gewalt auch Männer umfassen muss. Das Themenfeld „Gewalt gegen Männer“ rückt verstärkt in den Blick der Politik, die damit auch eine Voraussetzung für die Gleichstellung der Geschlechter und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern schafft. So wurde 2020 beispielsweise das „Hilfetelefon Gewalt an Männern“, das sofortige Hilfestellung in Krisensituationen anbietet, eingerichtet. Seit dem Sommer 2021 steht zusätzlich eine Online-Beratung zur Verfügung. Im selben Jahr wurde im Rahmen eines Modellprojektes begonnen, in NRW Schutzräume für von Gewalt betroffene Männer einzurichten. Dieses Angebot wurde in den Folgejahren ausgebaut und an die Bedarfe zunehmend angepasst, befindet sich aber immer noch in einer Modellphase.

Wir bitten die Landesregierung daher um einen Bericht zum aktuellen Stand und zur Zukunft des Projekts.

¹ [bmfjsf_zahl-der-opfer-von-haeuslicher-gewalt-steigt-deutlich-an](#)



Der Bericht soll dabei u.a. folgende Inhalte erläutern:

1. Wie viele Männerschutzplätze gibt es derzeit in NRW und an welchen Standorten befinden sich diese?
2. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit der Einrichtung von Schutzwohnungen für Männer?
3. Wie stellt sich die aktuelle Belegungsquote dar?
4. Wie häufig wurden hilfesuchende Männer aufgrund fehlender, freier Plätze abgewiesen?
5. Wie hoch wird der Bedarf an Männerschutzplätzen für NRW, ausgehend von den bisher gesammelten Erkenntnissen, eingeschätzt?
6. Wie lange ist die durchschnittliche Verweildauer von Männern in einer Männerschutzwohnung?
7. Wurden hilfesuchende Männer in andere Bundesländer vermittelt? Wenn ja, bitte aufschlüsseln nach Fallzahl und Bundesland.
8. In welcher Höhe werden die Männerschutzhäuser derzeit von der Landesregierung im Rahmen des Modellprojekts finanziert?
9. Welchen Anteil bringen die freien Träger auf?
10. Welchen Kostenanteil müssen schutzsuchende Männer in den Einrichtungen bezahlen?
11. Bestehen - wie bei Frauenhäusern - Regelungslücken hinsichtlich der Finanzierung? Wenn ja, welche Personengruppen betrifft das?
12. Welche Pläne zur Verstetigung des noch bis 2024 laufenden Modellprojektes gibt es?
13. Wie soll die Finanzierung, gerade auch im Vergleich mit der Finanzierung von Frauenhäusern, zukünftig ausgestaltet werden?
14. Welche Pläne zur Weiterentwicklung von Schutzplätzen für von Gewalt betroffenen Männern hat die Landesregierung?

Mit freundlichen Grüßen

Anja Butskau MdL
Frauenpolitische Sprecherin

Gemeinsames Aktionsprogramm Frauen in die Politik

der Gleichstellungsstellen der Städte Detmold, Arnsberg, Lippstadt, Gütersloh und Minden



Umfrage
„Frauen in die Politik!“



Ausstellung zur Präsenz von Frauen in
der Kommunalpolitik



Qualifizierung und Ermutigung von
Frauen

Umfrage „Frauen in die Politik!“

Ein Ergebnis der interkommunalen Zusammenarbeit der Städte

Arnsberg – Detmold - Gütersloh - Lippstadt – Minden

Gleichstellungsplan der Stadt Detmold 2019 – 2024 als Ausgangspunkt

„Eine Befragung von ehemaligen und aktiven sachkundigen Bürgerinnen wird durchgeführt mit dem Ziel fördernde und hemmende Faktoren für politisches Engagement von Frauen zu identifizieren.“

Förderung durch Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Studie zum Download unter:

<https://www.eaf-berlin.de/was-wir-tun/studien-publikationen/publikation/frauen-in-die-politik>

Kurzfassung

9.11.2023

Düsseldorf



Frauen in die Politik!

**Ergebnisse der Befragung in fünf Städten
der Regionen Ostwestfalen-Lippe und
Südwestfalen**

Untersuchungsdesign und Fragen

Methode:

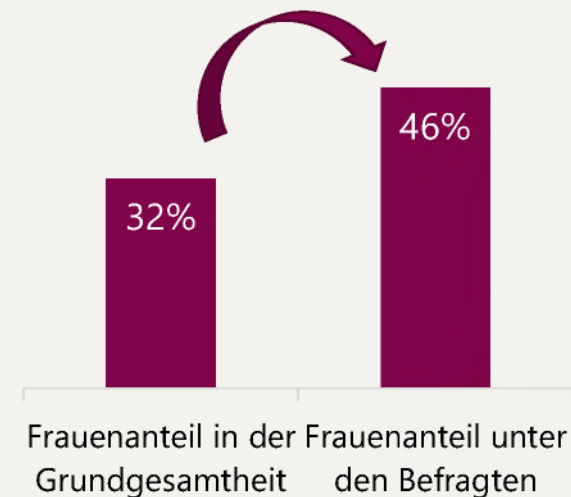
Onlinebefragung anhand eines Fragebogens im September 2022

Teilnehmende:

Aktive und ausgeschiedene Ratsmitglieder, sachkundige Bürger*innen; Bürgermeister*innen aus der diesjährigen und letzten Wahlperiode aus **Arnsberg, Detmold, Gütersloh, Lippstadt, Minden**

Quelle: EAF-Präsentation

Rücklaufquote: 32,9 %;
erlaubt fundierte Aussagen;
Selection bias:



Forschungsfragen

1. Empirisch fundierte **Erkenntnisse aus der kommunalpolitischen Praxis**
 - Motiven und Zugängen
 - **Positiven und negativen Erfahrungen**
 - **Kommunikations- und Umgangsformen**

2. **Empfehlungen für mehr Frauen** in der Kommunalpolitik
 - Ansprache und Gewinnung
 - **Vereinbarkeit mit Beruf und Familie**
 - **Attraktivität und Rahmenbedingungen**

➤ **Grundlage für Maßnahmen (Kommunalwahl 2025)**

MOTIVE, ZUGÄNGE & ERFAHRUNGEN

Motive und Zugänge: Überblick

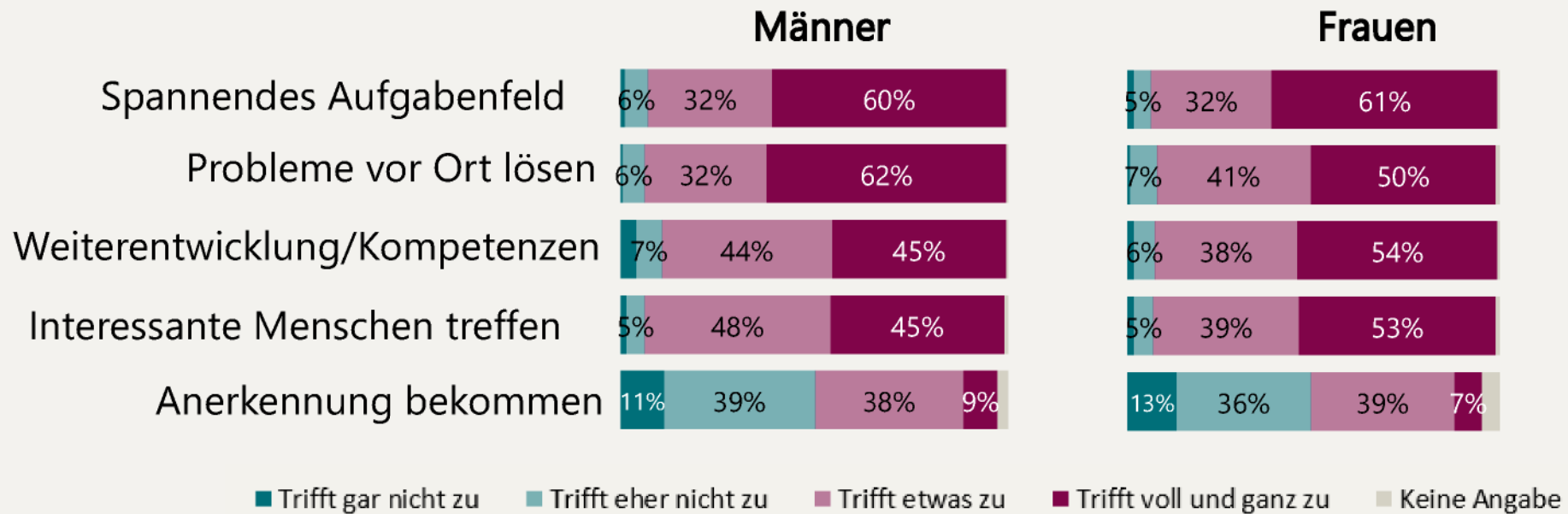
- Motivlagen vergleichbar: **Politische Interesse** und **konkretes Thema**
- Erfahrungshintergrund: **zivilgesellschaftliches Engagement** (84 %)
- Bei Frauen spielen **persönliche Ansprache** und **Vorbilder** eine größere Rolle, bei den Männern **Unterstützung durch die Partei**



Quelle: EAF-Präsentation

Foto: Gettyimages_Hinterhaus Productions

Was sind positive Erfahrungen?

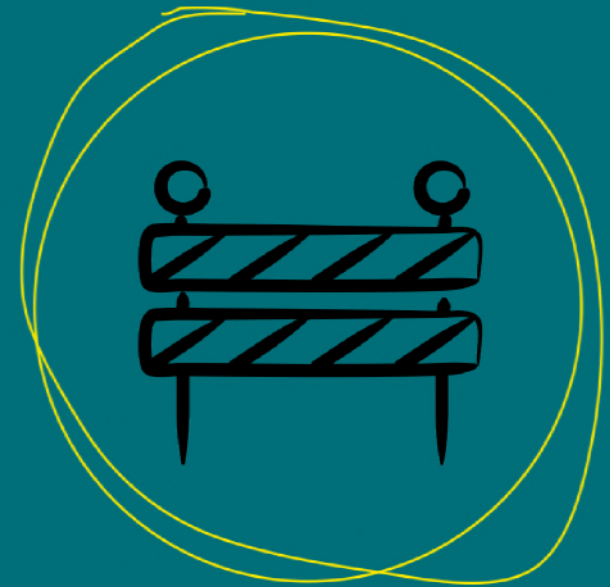


*n=416 (225 Männer und 191 Frauen), keine Angabe (1-5%) exkludiert

Quelle: EAF-Präsentation

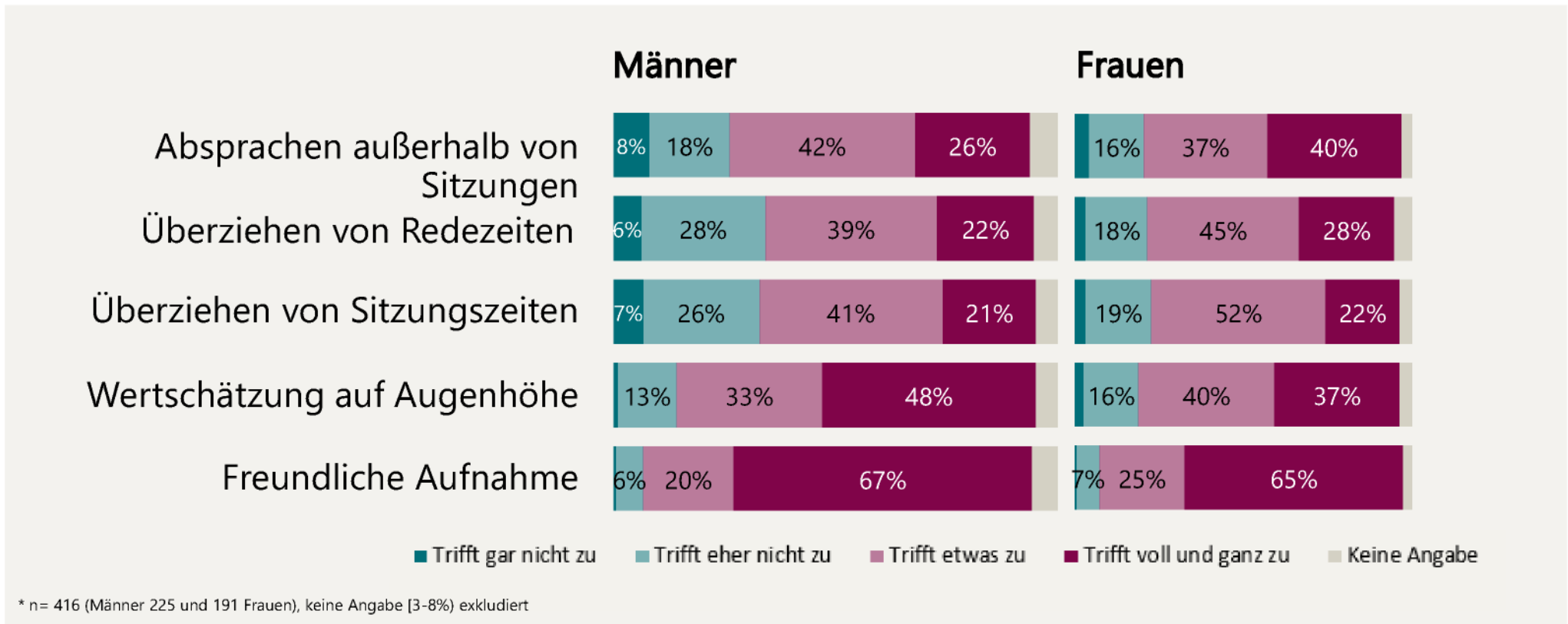
Negative Erfahrungen

- Kritikpunkte beziehen sich vor allem auf **zeitlichen Aufwand** und zu lange **Sitzungszeiten** (81% der Frauen und 68% der Männer)
- Zwei Drittel kritisiert unsachliche **Berichterstattung** und **fehlende Anerkennung**
- Zwei Drittel geht es zu stark um **Parteipolitik** und zu wenig um **Sachpolitik**
- Die Hälfte kritisiert **respektlosen Umgangston**



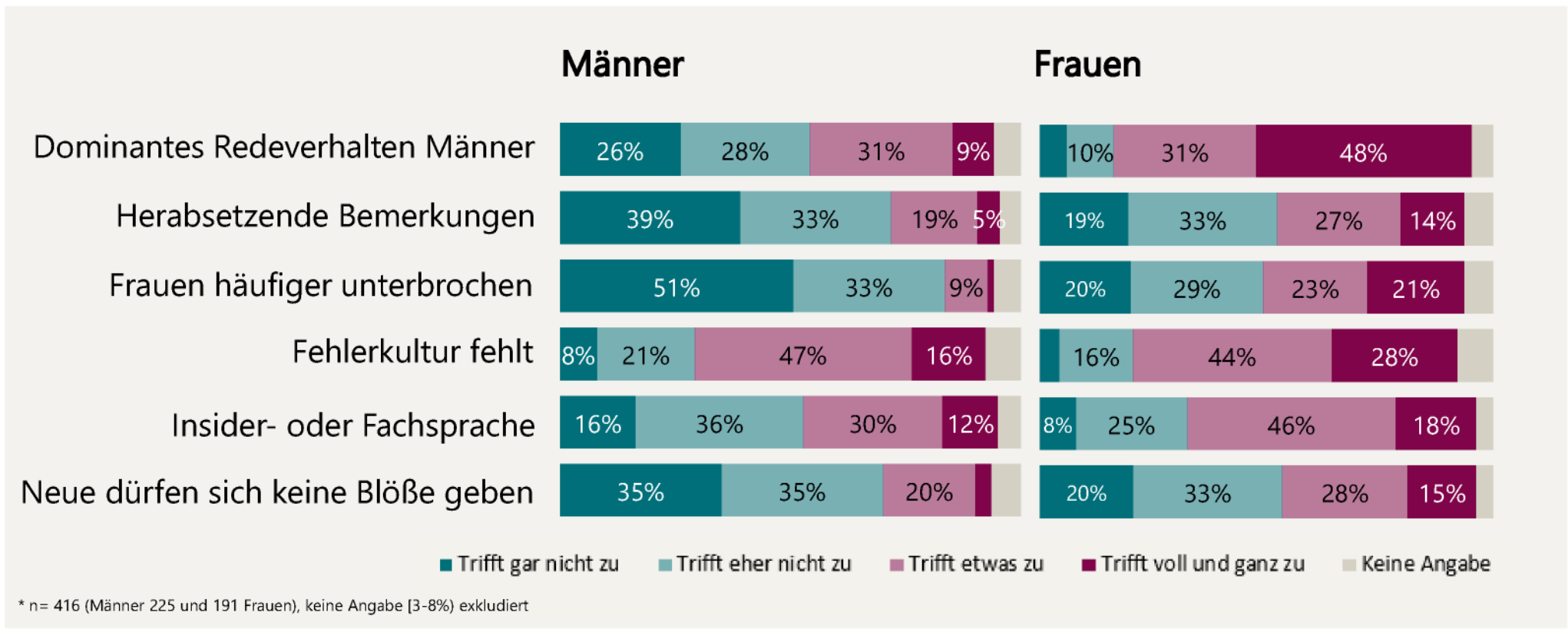
UMGANGSFORMEN

Kommunikation- und Umgangsformen (Teil 1)



Quelle: EAF-Präsentation

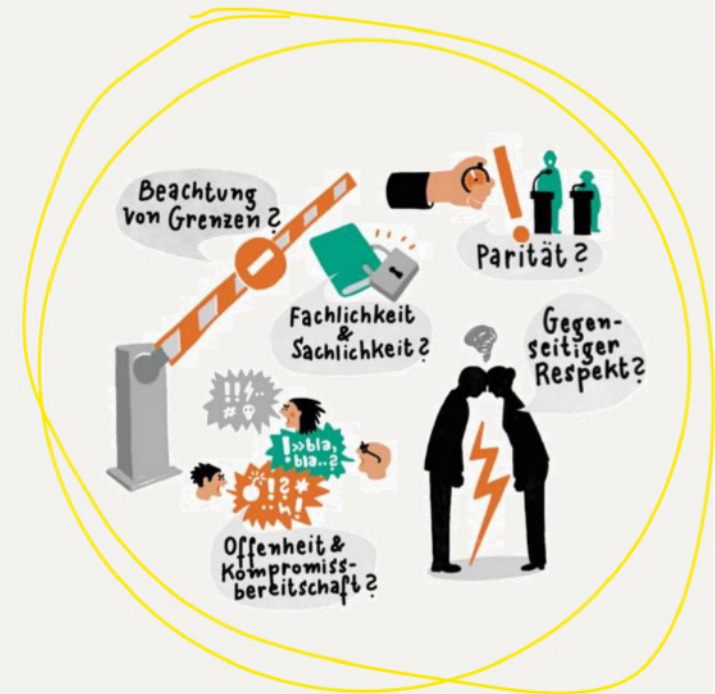
Kommunikation- und Umgangsformen (Teil 2)



Quelle: EAF-Präsentation

Deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung

- 48 % der Frauen beobachten bei Männern ein **dominantes Redeverhalten**. Die Männer selbst stimmen dagegen nur mit 9 % voll und ganz zu.
- **Unterbrechen**: 44 % der Frauen stimmen zu, dass Frauen häufiger unterbrochen bzw. ihre Beiträge nicht ernst genommen werden. Aber nur 10 % der Männer sehen dies so.*
- 41 % der Frauen stimmen zu, dass **herabsetzende Sprüche** oder Bemerkungen geäußert werden. Bei den Männern sind es 24 %.*

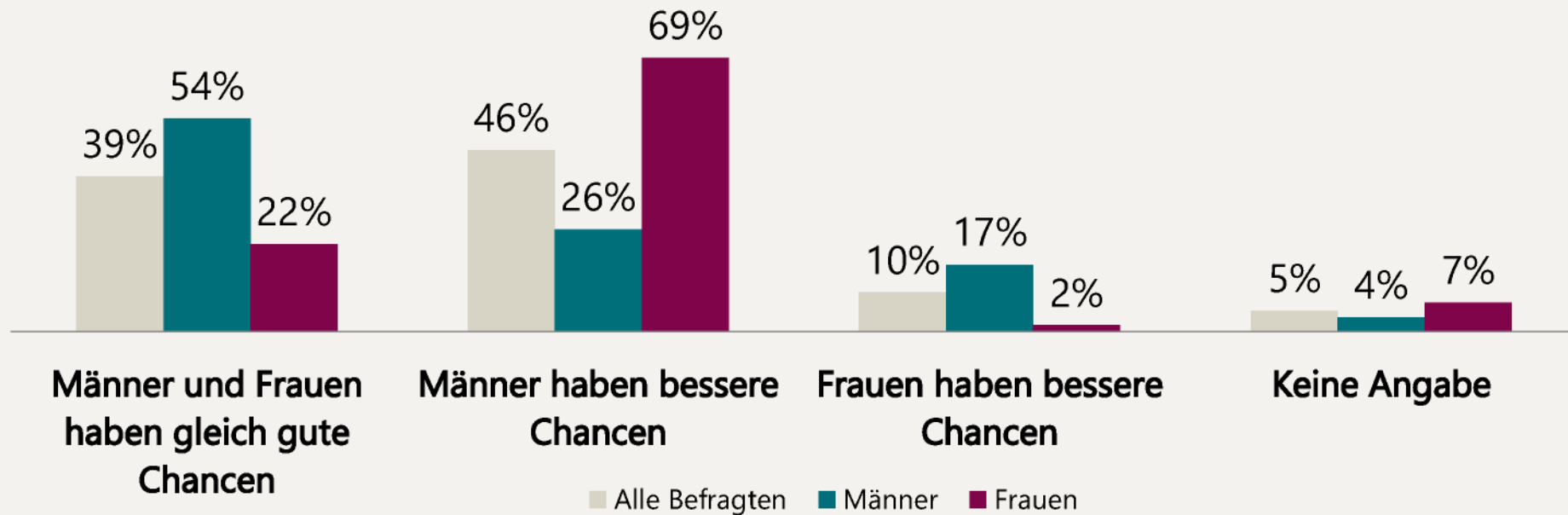


*„trifft voll und ganz zu“ und „trifft etwas zu“ zusammengeführt

- Quelle: EAF-Präsentation

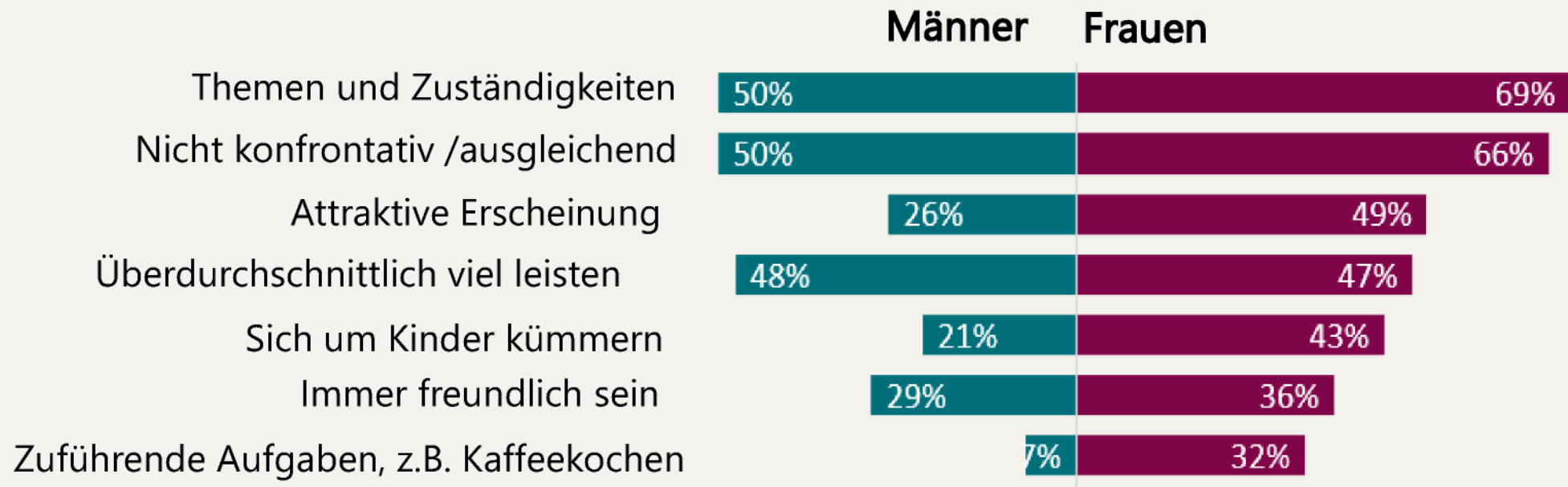
Grafik: Mehr Respekt bitte! Studie der Körber-Stiftung zur Diskussionskultur in der deutschen Kommunalpolitik

Einschätzungen zur Chancengleichheit



*n= 417 (191 Frauen und 225 Männer)

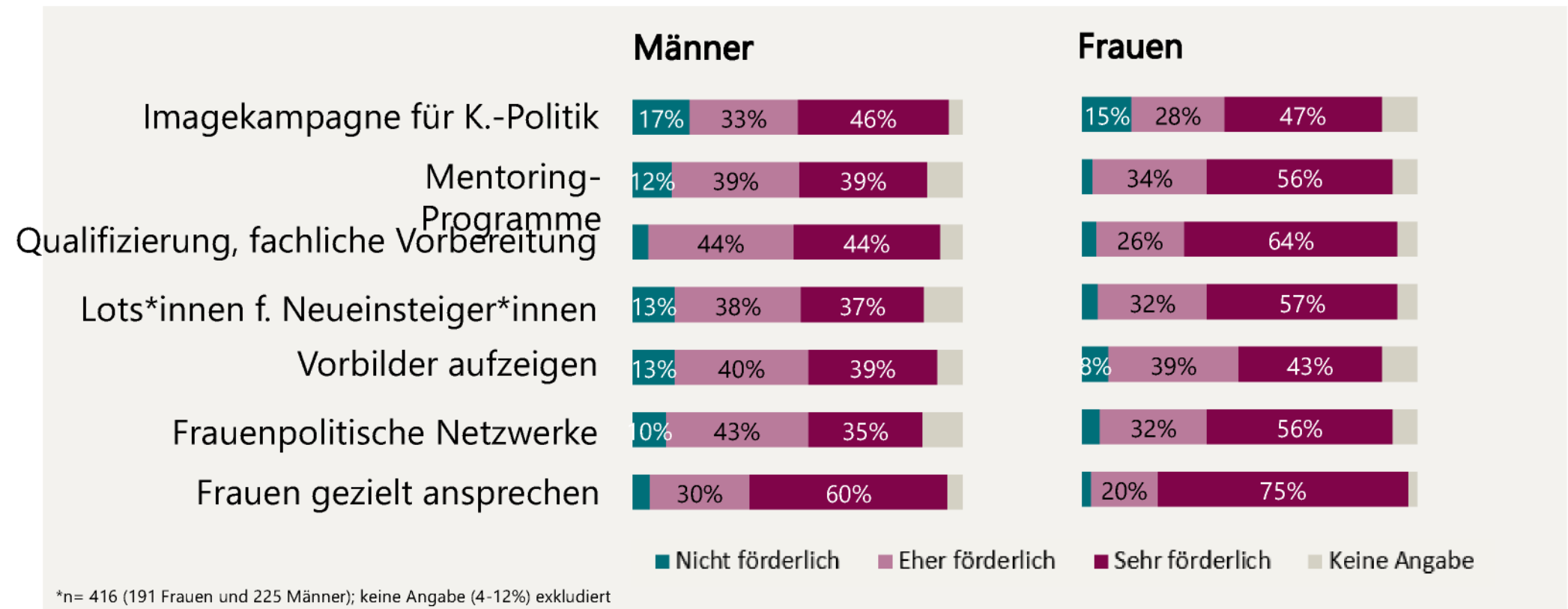
Spezifische Erwartungen an Politikerinnen



*n= 142 (42 Männer und 100 Frauen); Mehrfachauswahl möglich; Keine Angabe (3%) und Sonstiges (8%) exkludiert

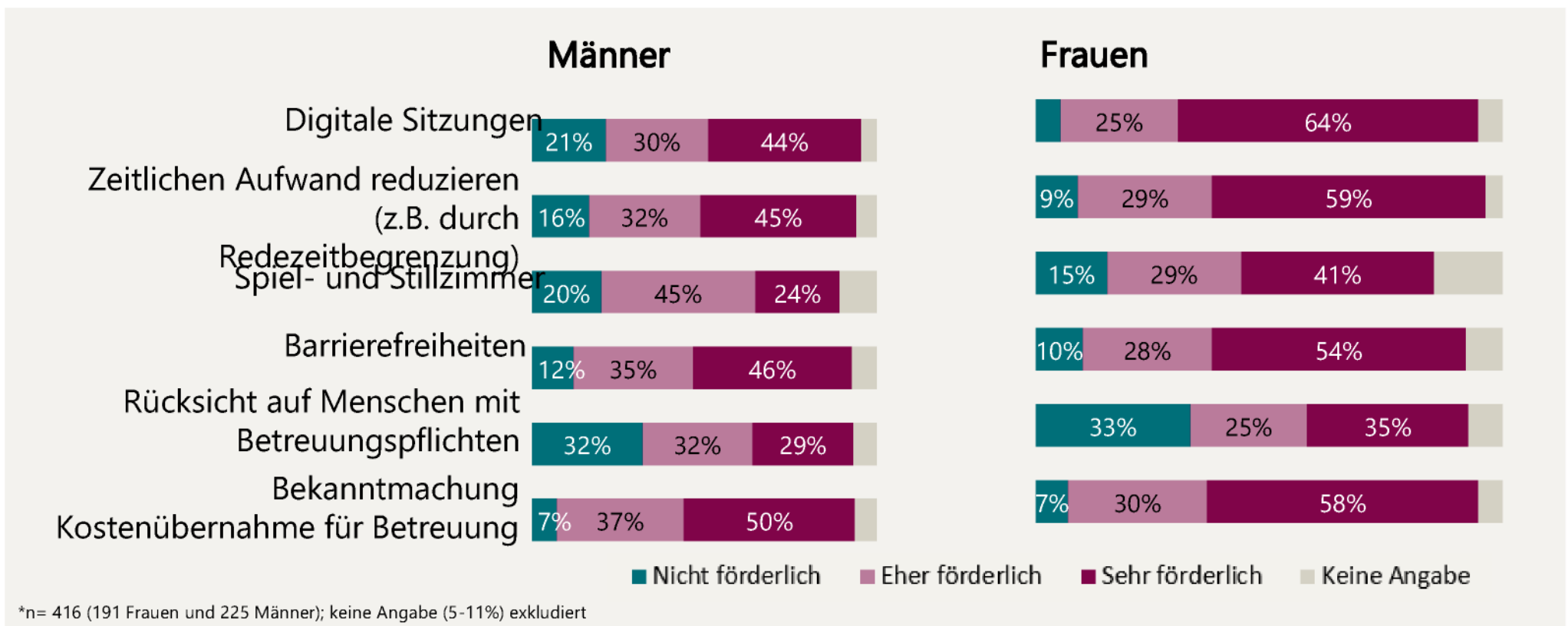
EMPFEHLUNGEN

Gewinnung von Frauen



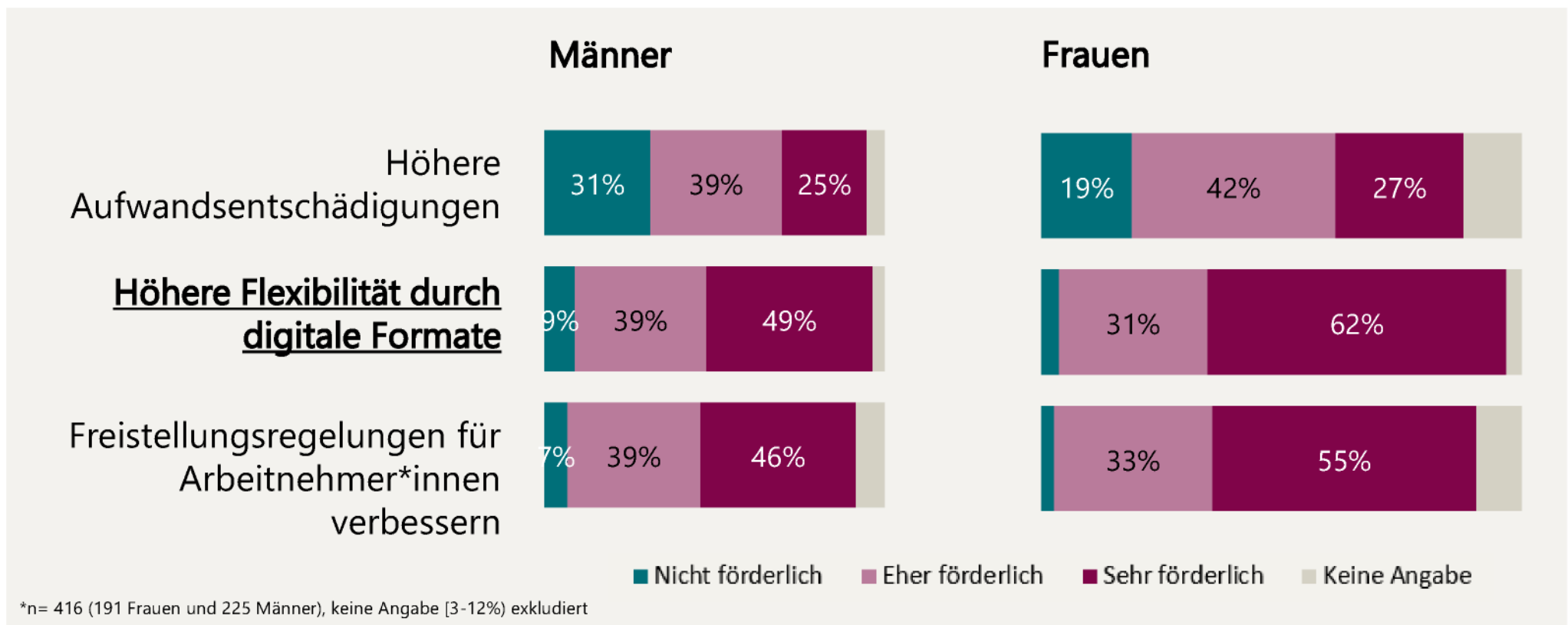
Quelle: EAF-Präsentation

Vereinbarkeit mit Familie



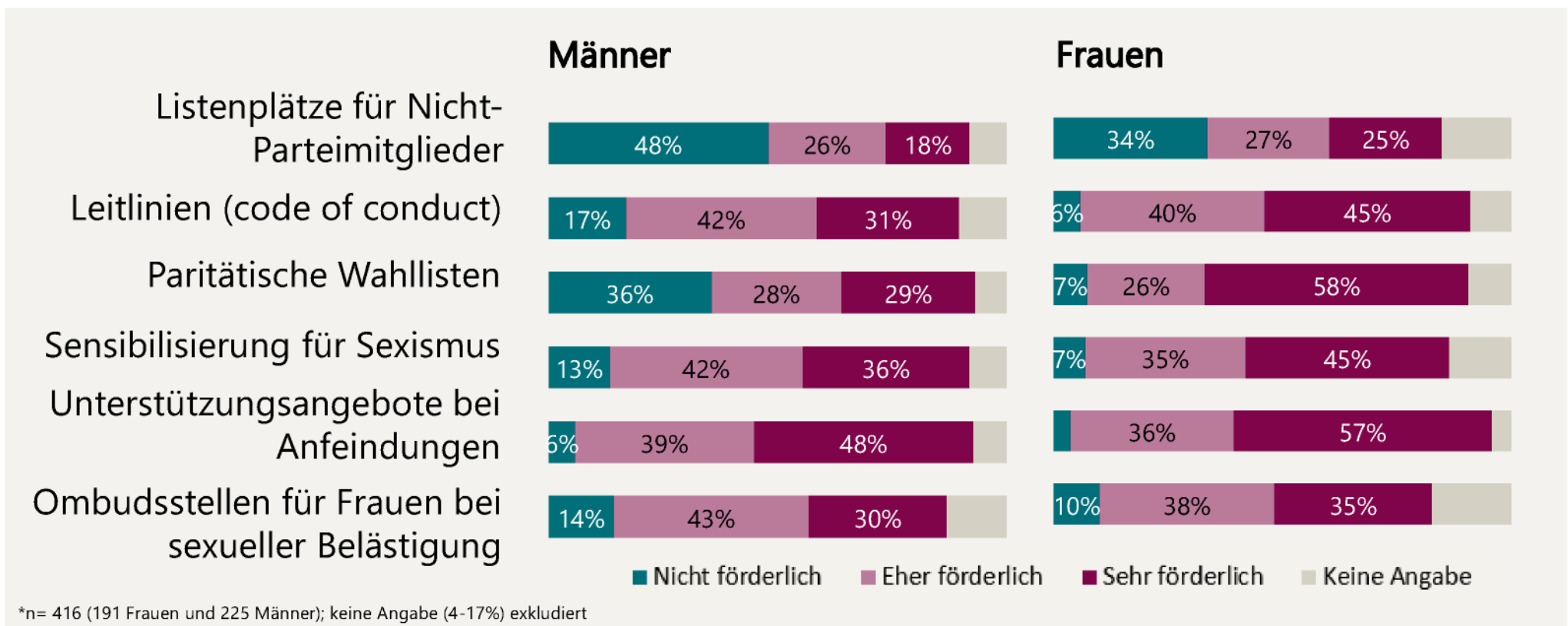
Quelle: EAF-Präsentation

Attraktivität und Rahmenbedingungen



Quelle: EAF-Präsentation

Spezifische Maßnahmen für Parteien



Quelle: EAF-Präsentation

Vielen Dank! Das Team der EAF Berlin



Dr. Helga Lukoschat
lukoschat@eaf-berlin.de



Stefanie Lohaus
lohaus@eaf-berlin.de



Lisa Hempe
hempe@eaf-berlin.de

Umfrageergebnisse: Entwicklungen und Initiativen

Grundlage und Impulse für Maßnahmen und Initiativen

- für die politische Arbeit vor Ort / Kommunalwahl 2025
- die Fortschreibung von kommunalen Gleichstellungsplänen

Handlungs-
felder im
Bericht

Beteiligungsorientierte Entwicklung und Initiierung von Maßnahmen

- Workshop „Ernsthafte Absichten“ mit Kommunalpolitiker*innen (**Minden**)
 - Gewinnung von Frauen und Veränderungsprozesse in den Parteien
- Moderierter Workshop mit Fraktionen und Verwaltung (**Detmold**)
 - Rahmenbedingungen für die kommunalpolitisches Engagement gemeinsam zeitgemäßer gestalten
Maßnahmen => Detmolder Gleichstellungsplan (2024- 2029), Kap. Gremien

Weitere Umsetzung der Umfrageergebnisse

- **Vernetzung**
 - Ratsfrauen untereinander: Ratsfrauentreff gebildet / gestärkt
 - Ratsfrauen und Gleichstellungsbeauftragte
- **Anträge im Rat**
 - Redezeitbegrenzung und Begrenzung des Sitzungsendes (Minden)
 - Paritätische Redeliste und Begrenzung der Sprech- und Redezeiten (Bildung einer fraktionsübergreifenden AG (Arnsberg))
- **Prüfaufträge an die Verwaltung**
 - digitale und hybride Sitzungen (Gütersloh)

Sensibilisierung der Kommunalpolitiker*innen

Ausstellung zur Präsenz von Frauen im Rat, den Ausschüssen u. den Aufsichtsräten

=> Grundlage für interkommunalen Vergleich



Förderung der politischen Partizipation von Frauen



Reihe FRAU.MACHT.POLITIK mit regionalen und überregionalen Module

- in einer Reihe über längeren Zeitraum für einen „kleinen“ Preis

Anmeldung vor Ort für die Reihe bei der Gleichstellungsstelle / VHS

- Voraussetzung für die Teilnahme an regionalen und überregionalen Modulen

9 überregionale Module

- Durchführung in Zusammenarbeit mit Stiftungen
- in verschiedenen Städten (ggf. mit Übernachtung auf eigene Kosten)
- geöffnet für alle angemeldeten Teilnehmerinnen der Reihe

4 regionale Module

- Durchführung mit der VHS vor Ort
- in der jeweiligen Stadt mit Teilnehmerinnen aus der jeweiligen Stadt

Vielen Dank! Das Team der Gleichstellungsbeauftragten

Gleichstellungsbeauftragte

- **Stadt Lippstadt** · Daniela Franken · Tel. 02941/980330
daniela.franken@stadt-lippstadt.de · www.lippstadt.de/gleichstellung
- **Stadt Arnsberg** · Petra Blesel · Tel. 02932/201-1491
gsb@arnsberg.de · www.arnsberg.de/gleichstellung
- **Stadt Detmold** · Regina Homeyer · Tel. 05231/977 284
r.homeyer@detmold.de · www.detmold.de/gleichstellung
- **Stadt Gütersloh** · Inge Trame · Tel. 05241/82-2080
gleichstellung@guetersloh.de · www.gleichstellungsstelle.guetersloh.de
- **Stadt Minden** · Luisa Arndt · Tel. 0571/89-303 · L.Arndt@minden.de
www.minden.de/rathaus-service-zukunft/gleichstellung/

